Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 6. Sonntag, den 5. Februar. 1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gefl. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Die Revolution in Rußland.

Endlich scheint sich das von den zarischen Schergen seit Jahrhunderten mißhandelte und getretene russische Volk gegen die Knutenherrschaft aufzubäumen. In Petersburg ist es zu blutigen Kämpfen gekommen, oder richtiger ausgedrückt, die Henker des Zaren haben unter dem friedlichen Volke ein schauderhaftes Blutbad angerichtet! Vertrauensvoll zogen mehrere Tausende Arbeiter unter Führung eines Priesters, namens Gapon, nach dem kaiserlichen Schlosse, um dem Zaren eine Petition, also eine Bitte, zu überreichen. Die vertrauensseligen, unbewaffneten, bittenden Proleten aber wurden von den Flinten der Soldateska empfangen, Salven krachen und vertierte Kosaken sprengen gegen die Menge und schlagen mit scharfer Klinge auf die Wehrlosen ein. Etwa **2000 Tote** und 3—4000 Verwundete sind auf seiten des Petersburger Volkes zu verzeichnen!

Durch dies beispiellos gemeine Verbrechen, diesen verruchten Massenmord, sind aber dem vertrauensseligen Volke die Augen über sein gütiges „Väterchen" geöffnet worden, und es scheint nach den zu uns gelangenden Nachrichten, als wolle es andre, wirksamere Mittel zu seiner Befreiung anwenden, als kniefälliges Bitten. Aus vielen Städten kommen Meldungen, die keinen Zweifel darüber lassen, daß es die ihm vom Zarentum erteilte Lehre beherzigt und seinen Bedrückern in gleicher Münze heimzuzahlen gewillt ist.

Zum erstenmal tritt in Rußland die Masse in Aktion und fordert ihr Recht. Die bisher stumm und still gelitten und sich demütig gebeugt, rufen nach Befreiung, nach Anerkennung ihres Menschenrechts.

„Die Fortdauer der zarischen Autokratie, so schreibt K. Kautsky in der Leipziger Volkszeitung, ist unmöglich geworden. Aber bis vor kurzem hoffte man noch in weiten Kreisen, sie werde in letzter Minute sich wenigstens so weit besinnen, um freiwillig zu geben, was sie auf die Dauer doch nicht vorenthalten konnte, und auf diese Weise einer gewaltsamen Revolution zuvorkommen. Man dachte, als letzte der europäischen Regierungen, die zu einem konstitutionellen Regime überzugehen hatte — werde sie von ihren Vorgängern gelernt haben; das Beispiel so vieler europäischer Monarchien werde ihr zeigen, wie wenig sie an Macht einbüße durch eine Verfassung nach dem Muster der österreichischen oder preußischen.

Dieser Traum der „friedlichen Revolution" ist ausgeträumt. Der Liberalismus des Fürsten Sviatopolk-Mirski erwies sich als ein Potemkinsches Dorf, wohl nur zu dem Zwecke vorgegaukelt, um die neue Anleihe leichter unterzubringen. Er brach zusammen, sobald diese gezeichnet war.

Vom 22. Januar an ist es entschieden, daß Rußland nicht den Weg der friedlichen Reform gehen wird, daß seine Revolution, die jetzt blutig begonnen, auch in ihrem weiteren Verlaufe ein blutige, gewaltsame sein wird, daß das zwanzigste Jahrhundert im Osten Europas beginnen wird, wie das achtzehnte im Westen endete.

Am 21. Januar faßte der Zar den Entschluß, seine geliebten Landeskinder niederkartätschen zu lassen, die sich des todeswürdigen Verbrechens schuldig machten, ihm voll Vertrauens eine Bittschrift zu überreichen. Hat Nikolaus II. bedacht, an welchem Datum er diesen Entschluß faßte? Am 21. Januar 1793 wurde Ludwig XVI. guillotiniert, weil er sich zur blutigen Niederwerfung seines Volkes verschworen hatte. Oder war es dieses Datum, das ihn nervös machte? Das Blutbad vom 22. Januar kann ebensogut das Ergebnis kopfloser Angst wie blutdürstiger Entschlossenheit sein.

Nicht mit Freuden begrüßen wir diese Wendung. Es wird ein grauenvolles, opferreiches Ringen sein, das die unglückseligen Völker des Zaren in den nächsten Wochen, Monaten, vielleicht Jahren zerfleischt. Aber nicht umsonst werden die Opfer fallen. Ganz anders wirkt die Freiheit, die das Volk sich selbst erkämpft, als jene, die ihm von oben geschenkt wird. Die eine berührt nur seine Oberfläche, die andre wühlt es bis ins Innerste auf; die eine läßt das Volk im wesentlichen so wie sie es vorfand, die andre reift es in Jahren um Jahrzehnte. Harmloser, naiver, unwissender als irgend eine Schicht des kämpfenden Proletariats Europas tritt das russische in die Katastrophe ein, die jetzt hereingebrochen ist. Welches immer ihr Ausgang sein mag, als ebenbürtiger Mitkämpfer, vielleicht als Vorkämpfer in dem großen Kampfe gegen alles Herrentum und alle Ausbeutung, den das internationale Proletariat kämpft, wird es aus dieser Katastrophe herauskommen. Und sein Sieg wird dem Proletariat aller Nationen in seinem Emanzipationskampf neue Kräfte verleihen, wird seine Gegner allerorten verwirren und lähmen.

Eine neue Epoche der Geschichte, nicht nur Rußlands, sondern der Welt, leitete der 22. Januar dieses Jahres ein. Große Dinge stehen uns bevor. Möge der große Moment auch ein großes Geschlecht finden!"

Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Im Umfang des Streiks ist eine Veränderung nicht eingetreten. Im ganzen Ruhrrevier herrscht eine so vollständige Ruhe, wie man sie bei keinem früheren Streik beobachtet hat. Selbst die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die alle Fälle, auch die kleinsten, von Belästigungen Arbeitswilliger durch Streikende sammelt, muß eingestehen, daß Nachrichten über Ruhestörungen nicht vorliegen.

Im Reichstag hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Tagung eine Novelle zur Gewerbeordnung vorzulegen, welche für den Kohlenbergbau Bestimmungen trifft über:

1. Festsetzung der Schichtdauer einschließlich Ein- und Ausfahrt mit besonderer Berücksichtigung der Schichtdauer von nassen sowie heißen Orten mit über 28 Grad Celsius; Verbot der Sonntag- und Ueberschichten mit Ausnahme der Arbeiten zur Rettung von Menschenleben, für außerordentliche Betriebsstörungen und Schachtreparaturen.
   Lohnzuschlag für Schachtreparaturen an Sonn- und Feiertagen.
2. Beseitigung des Wagennullens. Bezahlung der wirklich gelieferten Kohlen. Eichung der Wagen nach Raum oder Gewichtsinhalt.
3. Wahl und Besoldung von Wagenkontrolleuren bezw. Wiegemeistern durch die Belegschaft.
4. Regelung der Lohnzahlung; kostenlose Lieferung des Schießmaterials und des Geleuchtes durch die Zechenbesitzer.
5. Errichtung von Arbeiterausschüssen zur Erörterung von Beschwerden und Mißständen, Regelung des Strafgelderwesens und zur Mitverwaltung der Unterstützungskassen.
6. Wahl von Grubenkontrolleuren durch die Belegschaft.
7. Regelung des Mietsrechts für die den Zechenbesitzern gehörenden Arbeiterwohnungen.

Berlin, den 26. Januar 1905."

*

Auch die preußische Regierung hat der öffentlichen Meinung Konzessionen machen müssen; sie hat den Bülowkurs der „strengsten Neutralität" aufgegeben und stellt sich mit auf die Seite der Gegner des Syndikats. Es ist nicht von Anfang an ihre Absicht gewesen, den Forderungen der Arbeiter, den gerechten und nur allzu begründeten, auch nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Noch im preußischen Dreiklassenparlament hat Möller den Versuch gemacht, den nahe an Betrug streifenden Skandal des Wagennullens zu rechtfertigen. Erst als Möller und die Leute um ihn mit gewisser Bestürzung entdeckten, daß selbst sonst durchaus zuverlässige Stützen von Thron und Altar mit ihren Sympathien auf der Seite der kämpfenden Arbeiter standen, rückte Möller merklich von den Zechentötern ab und zur allgemeinen Ueberraschung kam die Ankündigung eines Berg-Notgesetzes für Preußen. Zwar drückt man sich diplomatisch und vorsichtiger noch als vorsichtig aus: Es wird „beabsichtigt", „demnächst" einen Gesetzentwurf einzubringen, der „aller Voraussicht nach" verschiedene Maßnahmen ankündigt. Aber klipp und klar heißt es wenigstens darin: „Verbot des Nullens". Schon die Ankündigung der preußischen Vorlage bedeutet einen moralischen Erfolg der Arbeiter, eine Anerkennung der Gerechtigkeit ihres Kampfes, eine Zurückweisung des blöden Geschwätzes von dem Kontraktbruche der Arbeiter.

Es kann noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, wie die Ankündigung der Vorlage auf die Herren Kohlenkönige wirken wird, ob das Vorgehen der großen parlamentarischen Parteien sie zu überzeugen vermag, daß ihre Sache vor dem Forum der öffentlichen Meinung eine verlorene ist. Aber das steht fest: alles das wird die Bergarbeiter anspornen, auszuharren in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe.

*

Die von der Regierung geplanten Abänderungen des allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865/92 werden sich voraussichtlich auf folgende Gegenstände erstrecken:

1. Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit beim Steinkohlenbergbau, einschließlich der Seilfahrt soweit dies durch sanitäre Rücksichten geboten ist;
2. Gesetzliche Regelung des Ueber- und Nebenschichtenwesens.
3. Obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen, die insbesondere auch bei der Verwaltung derjenigen Zechen-Unterstützungskassen mitzuwirken haben, in welche Arbeiterbeiträge oder Strafgelder fließen;
4. Verbot des Nullens;
5. Begrenzung der Höhe der Strafen für einen bestimmten Zeitraum.

Die Verschleppung der Revision des Bergrechts in den preußischen Dreiklassenlandtag kann natürlich keine gründliche Regelung dieser Frage bringen.

Rundschau.

Der Handelsvertrag mit Oesterreich ist fertig und die gesamten neu abgeschlossenen Verträge werden, nachdem sie den Bundesrat passiert, voraussichtlich am 1. Februar dem Reichstag vorgelegt werden. Werden die Handelsverträge angenommen, so wird sich der Zoll für die beiden wichtigsten Brotgetreidesorten beträchtlich erhöhen, nämlich für Roggen von 3.50 Mk. pro 100 Kilogramm auf 5 Mk., für Weizen von 3.50 auf 5.50 Mk. Der Zoll auf Mehl steigt von 7.80 Mk. auf 10.20 Mk.

Es erübrigt sich, näher auszuführen, daß und warum die sozialdemokratische Fraktion solche Handelsverträge auf das entschiedenste bekämpfen wird. Freilich muß erwartet werden, daß sie völlig allein in der Opposition stehen wird. Das Veterinärabkommen mit Oesterreich-Ungarn soll allerdings eine den Agrariern lästige Abänderung erfahren, da das bisher beliebte System der willkürlichen Grenzsperre aufgehoben und für Streitfälle ein Schiedsgericht eingesetzt werden soll. Wie weit die Viehzüchter dafür durch die Erhöhung der Viehzölle entschädigt werden, ist noch nicht bekannt. Man darf allenfalls von der äußersten Rechten ein wenig Theaterlärm erwarten, diese wird sich aber wohl hüten, eine Haltung einzunehmen, die das Zustandekommen der den ostelbischen Großgrundbesitzern überaus günstigen Verträge gefährden könnte.

Die Wucherverträge werden im Reichstag also nur eine einzige entschiedene Gegnerin finden: die Sozialdemokratie. Aber die Wirkung der Lebensmittelwucherzölle wird diese Gegnerin zu einer immer mächtigeren machen.

Zum neuesten Tabaksteuerrummel. Ein hannoverscher Fabrikant schreibt der Süddeutschen Tabakzeitung: Wenn nicht alle Anzeichen trügen, steht die Tabakindustrie wiederum vor einer entscheidenden Wendung. „Der Tabak muß bluten," lautet anscheinend wieder einmal die Parole, und da ist es jedenfalls an der Zeit, daß die Interessenten beizeiten mobil machen, wenn sie nicht plötzlich vor einem fait accompli stehen wollen. (A. d. Red. Nur keine unnötige Beunruhigung. So schnell geht das mit den Steuervorlagen nicht!)

Die Regierungen, denen von früheren Erhebungen her das Material zu einer neuen Vorlage in hinreichender Weise zur Verfügung steht und die dasselbe in aller Stille vervollständigen, werden „allem Anscheine nach" mit einer Vorlage vor den Reichstag treten. Es wäre dann zu spät, eine Gegenagitation zustande zu bringen. Daher dürfte zu empfehlen sein, sich schon jetzt mit den einzelnen Vertrauensmännern ins Einvernehmen zu setzen, um die Reichstagsabgeordneten der einzelnen Wahlkreise aufzuklären.

Auch dürfte es angebracht sein, gewisse Blätter, die sich immer und immer wieder bemühen, für neue Tabaksteuerpläne zu agitieren, in Ihrer Fachzeitung unter wortgetreuer Kopie ihrer Elaborate festzunageln, damit unsere Industrie mit ihren weitverzweigten Verbindungen, ihren Tausenden von Geschäftsreisenden, Agenten und Händlern in der Lage ist, diesen Blättern auch einmal eine Gefälligkeit erweisen zu können.

Ferner wird dem Blatt aus Chemnitz gemeldet: „In hiesigen Blättern, die sich schon oft, ohne jeden Anlaß, in der Tabaksteuerfrage als wohlinformiert ausgaben, lesen wir: Das Reichstagspensum wird unter allen Umständen noch durch Steuervorlagen erweitert werden. Die Reform der Brausteuer ist im Reichsschatzamte bereits so gut wie abgeschlossen. Außerdem wird dort auch, wie verlautet, eine neue Tabaksteuer vorbereitet. Nach den bisherigen Andeutungen von glaubwürdiger Seite scheint es sich um eine Neuauflage der 1893/94 und 1894/95 gescheiterten Tabakfabrikatsteuervorlagen zu handeln. Der damalige Schatzsekretär Graf Posadowsky erklärte am 13. Mai 1895, daß es bei den wachsenden Ausgaben des Reichs auch in Zukunft unmöglich sein werde, auf die Erhöhung indirekter Steuern und damit auf die höhere Besteuerung des Tabaks zu verzichten. Ob aber die Regierung diesmal

mit einer Tabakfabrikatsteuer mehr Glück haben wird, als vor zehn Jahren, erscheint höchst zweifelhaft."

Auch eine Revision. Aus Zittau schreibt man der Sächsischen Arbeiterzeitung: Bekanntlich haben wir jetzt weibliche Gewerbeinspektionsbeamte, die wohl auch die Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen erforschen und schließlich auch darüber berichten sollen. Man hat weibliche Beamte angestellt, weil man mit Recht glaubt, Arbeiterinnen würden zu Frauen mehr Zutrauen haben als zu dem Herrn Gewerbeinspektor. Aber was nützt das alles den Arbeiterinnen, wenn bei Revisionen so verfahren wird wie in folgendem Falle: Kam da kürzlich in eine Spinnerei in Pethau eine intelligente Frau, die sich bei jungen und älteren Arbeiterinnen nach den Arbeitsverhältnissen erkundigte. Es war klar, daß das eine „Frau vom Gewerbegericht" war, das dachten sich die Arbeiterinnen gleich. „Wie lange arbeiten Sie denn?" fragte die „Frau vom Gewerbegericht" eine Arbeiterin. „Von sechse bis sechse!" sagte diese. — „Haben Sie Frühstücks- und Vesperpause?" — „Joa!" — „Und was verdienen Sie da?" 17—18 Moark in Vierzwoagen!" — „Sind Sie damit zufrieden?" — „— — ojoa!" — „Na, da ists gut!" — Eine andere Antwort konnte oder mochte die Arbeiterin wohl kaum geben, weil — ja, weil der Herr Direktor der Spinnerei auch dabei stand! Was nützen dem Arbeiter also all die schönen Einrichtungen, was kann es ihm helfen, daß Gewerbeinspektoren oder weibliche Beamte revidieren kommen, wenn dies in Begleitung des Fabrikdirektors geschieht! Ein revidierender Beamter oder eine Fabrikinspektorin würde viel mehr zu hören und zu sehen bekommen, wenn ein Arbeiter bei Revisionen die Führung übernehmen dürfte, ohne den Zorn seines Vorgesetzten befürchten zu müssen. Aber da dies leider nicht so ist, so hat die schöne Einrichtung keinen Wert, sie steht zum guten Teil lediglich auf dem Papier. Bei einiger Energie des Gewerbeaufsichtspersonals wäre es jedenfalls leicht zu erreichen, die Arbeiterinnen wenigstens in Abwesenheit des Direktors zu befragen. Sie müßten einem Fabrikdirektor, der von allein nicht so viel Taktgefühl besitzt, sich zurückzuziehen, klar machen, daß durch seine Anwesenheit die Revision zum guten Teil hinfällig wird und insbesondere dadurch keine Feststellung über die Arbeitsverhältnisse möglich ist. Wenn sich die Fabrikinspektorinnen die Begleitung des Fabrikdirektors gefallen lassen, tragen sie selbst dazu bei, ihre eigene Tätigkeit illusorisch zu machen.

Die Unfallversicherung im Jahre 1903. Nach dem Bericht des Reichsversicherungsamtes über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften bestanden im Jahre 1903 zur Durchführung der reichsgesetzlichen Unfallversicherung 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 14 Versicherungsanstalten, 48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 198 staatliche und 289 Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden. Die 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften umfaßten 349 Sektionen und 608 955 Betriebe mit 7 466 484 durchschnittlich versicherten Personen oder 6 553 514 Vollarbeitern; die 48 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 583 Sektionen, 4 642 427 Betriebe mit 11 189 071 durchschnittlich versicherten Personen. Von den Reichs-, Staats- sowie Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden werden 809 867 durchschnittlich versicherte Personen oder 601 292 Vollarbeiter nachgewiesen.

Von den 114 Berufsgenossenschaften werden für das Jahr 1903 an Entschädigungen 106,01 Mill. Mark, Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit 655 099.06 Mk., Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen 3,6 Mill. Mark, Kosten des Rechtsganges (Schiedsgerichtskosten usw.) 1,7 Mill. Mark, Kosten der Unfallverhütung 1,01 Mill. Mark, Laufende Verwaltungskosten 10,7 Mill. Mark, Sonstige Ausgaben 1,05 Mill. Mark, Einlagen in den Reservefonds 15,5 Mill. Mark nachgewiesen, so daß die Gesamtausgabe 140,3 Mill. Mark beträgt, denen als Einnahme 143,04 Mill. Mark gegenüberstehen. Von den Reichs-, Staats- und Kommunal-Ausführungsbehörden sind 9,8 Mill. Mark verausgabt worden, von den Versicherungsanstalten der Bergwerks-Berufsgenossenschaften, der Tiefbau- und der See-Berufsgenossenschaft 2,2 Mill. Mark. Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungsbeiträge (Renten usw.) beläuft sich im Rechnungsjahre auf 117,3 Mill. Mark gegen 107,4 Mill. Mark im Jahre 1902.

Die Zahl der Unfälle, für die im Jahre 1903 (1902) zum erstenmal Entschädigungen gezahlt wurden, beläuft sich: 1. für den Bereich der Berufsgenossenschaften auf 122 947 (115 178), 2. für den Bereich der Ausführungsbehörden auf 5000 (4723), 3. für den Bereich der Versicherungsanstalten auf 1428 (1383), zusammen auf 129 375 (121 284); darunter: Unfälle mit tödlichem Ausgange 8370 (7975), Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit 1538 (1435). Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, die im Rechnungsjahre die erste Rente erhalten haben, beträgt 18 587 (16 924), darunter: Witwen (Witwer) 6077 (5440), Kinder, Enkel 12 152 (11 196), Verwandte aufsteigender Linie 358 (288). Die Anzahl sämtlicher im Jahre 1903 (1902) zur Anmeldung gelangten Unfälle beträgt: 1. bei den Berufsgenossenschaften 489 287 (449 098), 2. bei den Ausführungsbehörden 37 960 (36 550), 3. bei den Versicherungsanstalten 3260 (3059), zusammen 530 507 (488 707).

Sträflicher Verkehr mit — Arbeitern! Eine sehr interessante Frage über den „Verkehr eines Arztes mit unter seinem Stande stehenden Personen" hatte der ärztliche Ehrengerichtshof zu Dresden zu prüfen. Der zu Frankenstein i. S. praktizierende Arzt Dr. Frank war vom ärztlichen Bezirksverein Freiberg zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil er schuldig befunden worden war, u. a. „allzu familiären Verkehr mit tief unter seinem Stande stehenden Personen unterhalten und dadurch das Ansehen des ärztlichen Standes geschädigt zu haben." Gegen dieses seltsam anmutende Urteil legte der Arzt Berufung beim Dresdner Ehrengerichtshof ein. Dieser setzte die 1000 Mk. Geldstrafe auf die Hälfte herab. Die Gründe dieses abgeänderten Urteilsspruches sind interessant. Sie lauten „Was den allzu familiären Umgang Dr. Franks mit tief unter seinem Stande stehenden Personen betrifft, so ist nach Ansicht des Ehrengerichtshofes kein Stand unseres Volkes so gering, daß ein vertraulicher Umgang mit ehrenhaften Mitgliedern desselben an sich dem ärztlichen Stande zur Unehre gereichen könnte. Sind doch schließlich aus allen Ständen unseres Volkes auch tüchtige und ehrenwerte Aerzte hervorgegangen. Allerdings kommt es auf die Art und Weise des Umgangs an, und daß er in anständigen Grenzen bleibt. Ob Dr. Frank diese Grenzen immer eingehalten hat, will der Ehrengerichtshof dahingestellt sein lassen." Zu bemerken ist noch, daß Dr. Frank ausschließlich mit redlichen und ehrlichen Personen des Arbeiterstandes verkehrte.

Dunkle Andeutungen über neue sozialpolitische Maßnahmen macht die amtliche Berliner Korrespondenz. Bekanntlich sind im Laufe der Jahre auf Grund des § 120c der Gewerbeordnung vom Bundesrat eine Reihe von Verordnungen erlassen worden für einzelne besonders gefährliche gewerbliche Anlagen. Nunmehr ist nach der Berliner Korrespondenz beabsichtigt, nach einem einheitlichen, möglichst für alle in Betracht kommenden Gebiete im voraus aufgestellten Plane vorzugehen. Ein solcher Plan soll in nächster Zeit im Reichsamte des Innern mit einer Anzahl erfahrener Gewerbeaufsichtsbeamten vorberaten werden. Bei Aufstellung dieses Planes wird insbesondere auch zu prüfen sein, ob es sich empfiehlt, entsprechend der bisher befolgten Praxis Sondervorschriften für einzelne Gewerbe zu erlassen, oder ob neben solchen Einzelbestimmungen auch allgemeine Vorschriften zur Abwendung bestimmter Gesundheitsgefahren für mehrere oder alle Gewerbezweige, in denen sie vorkommen, erlassen werden können.

Zur Aussperrung der Tabakarbeiter von Halberstadt.

Gerade an dem Tage, an dem in Halberstadt die Tabakarbeiter die Arbeit wieder aufnahmen, wurde vom „Deutschen Tabakverein" folgendes Zirkular an Zigarrenfabrikanten versendet:

Deutscher Tabakverein.
Streng vertraulich!

Geehrter Herr!

Wie uns von der Vereinigung der Zigarrenfabrikanten zu Halberstadt mitgeteilt wird, sucht man die Fortführung des Halberstädter Streiks damit zu ermöglichen, daß dortige Zigarrenarbeiter nach auswärts abgeschoben werden. Die genannte Vereinigung hat sich deshalb mit der Bitte an den Tabakverein gewendet, die Kollegen in Mittel- und Norddeutschland zu ersuchen, aus Halberstadt kommende Zigarrenarbeiter nicht in Arbeit zu nehmen, bis der Streik bezw. die Aussperrung in Halberstadt aufgehört hat.

Wir halten uns verpflichtet, Ihnen von dem Wunsche der Halberstädter Kollegen Kenntnis zu geben und verleihen der Hoffnung Ausdruck, daß Sie aus Kollegialitäts- und Solidaritätsgefühl demselben tunlichst willfahren werden.

Der Vorstand des Deutschen Tabakvereins
A. Collenbusch, Vors.
u. a. Unterschriften.

Datum des Poststempels (24. 1. 1905).

Kommentar nunmehr überflüssig!

Quittung über eingegangene Gelder: **H. Borgstädt, Spenge 21.65, R. Schiemenz, Spremberg 10.00, A. Schulz, Harburg 10,00, G. Merklein, Leipzig-Neustadt 3.00, Karl Menzel, Guben 3.00, K. Budde, Varel 4.30, W. Herrmann, Pegau 4.00, W. Nuß, Cassel 5.00, Till Schütten, Orsoy 6.00.**

Berichte.

Bernburg. Sonntag, 22. Januar, fand im Thüringer Hof eine gut besuchte Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1904; 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure; 3. Berichterstattung vom Gewerkschaftskartell; 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt verliest der Kassierer den Kassenbericht, der von den Kontrolleuren geprüft und für richtig befunden wurde. Darauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt wurden die Kollegen Robert Strobel als 1. Bevollmächtigter, Gottlieb Hache als 2. Bevollmächtigter, Friedrich Eckert als 3. Bevollmächtigter und als Kontrolleure die Kollegen Gustav Fischer, Richard Mertig und Karl Häntsch gewählt. Zum 3. Punkt erstattete der Kollege Friedrich Strobel in kurzen Ausführungen den Kartellbericht, speziell besprach er das Arbeitersekretariat. Zu Kartelldelegierten wurden die Kollegen Hermann Brachwitz und Richard Mertig gewählt. Zum 4. Punkt wurde des längeren debattiert über den Lokalbeitrag, da sich verschiedene Mitglieder nicht dazu bequemen können, dieses kleine Opfer zu bringen, wo sie doch eigentlich laut Statut dazu verpflichtet sind.

Delitzsch. Am 23. Januar tagte im Lindenhof eine gut besuchte Versammlung. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1904 wurde erledigt. Dann wurde die Wahl der Kartelldelegierten vorgenommen; gewählt wurden die Kollegen Graupe, Ehrhorn und Tröstrum. Unter Verschiedenem kam zur Sprache, daß der Wirt unsres Vereinslokals das Sammeln auf Listen verboten hatte; die Sammlung galt den ausgesperrten Kollegen von Halberstadt. Die Versammlung beschloß, diesen Vorgang dem Kartell zu überweisen. Am Schluß wird noch mitgeteilt, daß die nächste Versammlung Montag, den 20. Februar, stattfindet, bei welcher ein Vortrag zu Gehör gebracht wird.

Frankenberg i. S. Am 23. Januar tagte im Stadtpark eine Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1904; 2. Bericht des Kartelldelegierten und Wahl desselben; 3. Stiftungsfest; 4. Vereinsangelegenheiten. Die Abrechnung erstattete J. Finke. Diese ist geprüft und als richtig anerkannt. An Arbeitslose wurden verausgabt 18.70 Mark, an Kranke 283.05 Mark, an Wöchnerinnen 90 Mark im letzten Quartal. Es wird dem Kassierer Decharge erteilt. Den Bericht zu Punkt 2 erstattet Kollege E. Danien; seine Ausführungen bezogen sich auf den Heimarbeiterschutzkongreß, Schiedsgericht und eine Volksbadeanstalt, mit der sich das Kartell im letzten Jahre befaßt hatte. Alsdann wurde zur Wahl der Delegierten geschritten und als solche die Kollegen Otto, Plagwitz, Kühn und Frdr. Köhler gewählt. Zu Punkt 3 wurde beschlossen, unser diesjähriges Stiftungsfest im Saale der Hochwarte am Freitag, den 17. Februar, abzuhalten, da der Stadtpark sich für die Mitgliederzahl als zu klein erwiesen hat. Der Eintritt beträgt für Herren 30 Pfg., für Damen 20 Pfg. Ins Festkomitee wurden die Kollegen Krause, Hampel, Ulbricht, Arnold, Müller und Küttner gewählt. Im Punkt 4 spricht sich der Kollege Runkel über die nicht erfolgte Flugblattverbreitung aus, es sei vor Weihnachten nicht gut angängig gewesen, in nächster Zeit sollte es aber nachgeholt und das Flugblatt verbreitet werden. Mit einem Appell an die Mitglieder, wieder so zahlreich zu erscheinen, schließt er die gut besuchte Versammlung.

Hamburg. Tabakarbeiterversammlung am 22. Januar bei v. Salzen. Thieme gab bekannt, daß die Ortsverwaltung für die streikenden Halberstädter Kollegen 50 Mark und für die Kollegen in Schönlanke zum Weihnachtsfest 20 Mark der Lokalkasse entnommen und dorthin abgesandt habe. Hiergegen fand kein Widerspruch statt. Es wurden dann auf Antrag der Verwaltung weitere 100 Mark für die streikenden Bergleute bewilligt. Die Abrechnung ergab in Einnahme und Ausgabe 3408.71 Mark. Die Mitgliederzahl hat wiederum einen Zuwachs von 76 zu verzeichnen, so daß diese jetzt 536 beträgt. Die Lokalkasse wies einen Kassenbestand von 476.85 Mark auf. Dann wurde von einigen Kollegen gegen die Höhe des Verwaltungsgeldes opponiert. Die Mitglieder der Verwaltung stellten demgegenüber fest, daß diese Beschwerde zum Teil unberechtigt sei. Die zeitraubende Arbeit, insbesondere diejenige des zweiten Bevollmächtigten, sei von den Kollegen durchaus nicht zu beurteilen. Derselbe habe die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in seiner Wohnung auszuzahlen, den Arbeitsnachweis zu führen. Daher sei das Gehalt desselben mit der verlorenen Zeit, genau berechnet mit den Umständen im Hause, absolut nicht in Einklang zu bringen. Ueberdies könnten die Mitglieder ihre Verwaltung ja nach ihrem Ermessen wählen. Darauf wurde das Gehalt der Verwaltung auf 620 Mark jährlich festgesetzt. Quast brachte einen ausführlichen Kartellbericht und hob am Schlusse hervor, bei etwa vorkommenden Streiks für die Zukunft mehr Solidaritätsgefühl walten zu lassen. Als Bevollmächtigte wurden C. Thieme, W. Gorges und Herm. Klingenberg wiedergewählt, zu Kontrolleuren W. Sander, L. Ruhleder, J. Weber ernannt. Die Wahl der Kartelldelegierten mußte bis zu einer nächsten kombinierten Mitgliederversammlung aufgehoben werden, da Barmbeck einen solchen für sich in Vorschlag zu bringen gedenkt. Zur Einführung eines Extrabeitrages entgegnet Thieme im Namen der Verwaltung, daß es sich überflüssig mache, hierüber zu beraten. Es bestände die Absicht, demnächst einen einheitlichen Extrabeitrag für die Zahlstellen des ganzen Komplexes einzuführen. Dann gaben mehrere Mitglieder ihre Ansicht kund, die Zahlstellen Hamburg-Eimsbüttel wieder getrennt zu haben, obgleich vor drei Jahren der Antrag zur Verschmelzung, von Eimsbüttel erhoben, mit 31 gegen 5 Stimmen angenommen wurde. Ein diesbezüglicher Antrag wurde abgelehnt mit der Motivierung, daß solche Anträge, um mit auf der Tagesordnung zu stehen, der Verwaltung zur richtigen Zeit eingereicht werden müssen, damit die Behörde Kenntnis hierüber erhielt. Der Antrag von Quast, ein Wintervergnügen bei Hamer, Fuhlentwiete, abzuhalten, fand einstimmige Annahme. Zum Festkomitee wurden ernannt: Sander, Th. Horn, Quast, Nahr, Schmidt, Schmelzmeier und Lechte. Ferner wurde auf Antrag Kerger beschlossen, in einer nächsten Versammlung den Beitrag unsrer Gewerkschaft an den Fortbildungsverein zu erwirken und einen Referenten dazu zu bestellen. Darauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Lippstadt. Die Zahlstelle Lippstadt hatte eine Jahreseinnahme von 1555.85 Mark, erzielt von 2997 Beiträgen. Der Durchschnittsbeitrag betrug demgemäß 51¾ Pfg. Ausgabe 1256.92 Mark. Für kranke Mitglieder 1130.28 Mark, Streikunterstützung 40.60 Mark, Arbeitslosenunterstützung 46.04 Mark, Wöchnerinnenunterstützung 40 Mark. An der Krankenunterstützung waren 49 Mitglieder, an der Arbeitslosenunterstützung 25 Mitglieder, an der Streikunterstützung 1 Mitglied und an der Wöchnerinnenunterstützung 4 Mitglieder beteiligt. Spezialisiert man die Krankenunterstützung, so erhielten in Klasse 2c 18 Mitglieder 410.70 Mark, in Klasse 2b 3 Mitglieder 189.20 Mark, in Klasse 2a 4 Mitglieder 37.80 Mark, in Klasse 2 1 Mitglied 4.05 Mark und in Klasse 1a 18 Mitglieder 327.20 Mark. Das einzelne Mitglied erhielt in Klasse 2c 144 Mark, in Klasse 2b 63.45 Mark, in Klasse 2a 20.70 Mark, in Klasse 1a 68.90 Mark; rechnet man der Klasse 1a, 327.20 Mark, 40 Mark Wöchnerinnenunterstützung zu, so macht das 367.20 Mark Ausgabe. In dieser Klasse 1a war eine Einnahme von 354.55 Mark zu verzeichnen, mithin ein Fehlbetrag von 12.65 Mark. Dieses mögen die weiblichen Kollegen wohl beachten, denn auf Grund dieses Ergebnisses haben sie alle Veranlassung, dem Deutschen Tabakarbeiterverband so schnell wie möglich beizutreten. Klasse 2c erhält pro Woche 13.50 Mark (Klasse 1a 5.40 Mark), hatte eine Einnahme von 743.75 Mark und eine Ausgabe von 410.70 Mark. Hinzukommen Streikunterstützung 40.60 Mark und Arbeitslosenunterstützung 46.04 Mark; Summa 498.34 Mark. Mithin Ueberschuß 245.41 Mark. Es ist hiermit bewiesen, daß der Verband sehr solide fundiert ist, vorausgesetzt, daß die andern Zahlstellen die ähnliche Erfahrung machen, was man aus dem Jahresbericht des Vorstandes ja ersehen wird.

Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 1. Quartals 56 Mitglieder, am Schlusse des 2. Quartals 58 Mitglieder, am Schlusse des 3. Quartals 61 Mitglieder, am Schlusse des 4. Quartals 69 Mitglieder. Eingetreten sind 12 Mitglieder, ausgetreten sind 6 Mitglieder. Wegen Beitragsresten gestrichen sind 4 Mitglieder. Hoffen wir, daß das letztere im Jahre 1905 nicht vorkommt. Zugereist sind 22, abgereist 23 Mitglieder.

Differenzen hatten wir, bei denen der Verband eingreifen mußte, 6 zu verzeichnen. Vier wurden mit Erfolg beseitigt, in einem Falle wurde die betreffende Sorte nicht gemacht, in einem Falle kam es zum Streik. Beim fünften Fall waren 1 Mitglied von unserm und 7 Mitglieder vom Christlichen Verband beteiligt. Wir haben bei diesem Falle die Unfähigkeit der Christlichen erkannt. Wir, die Bevollmächtigten, wurden eines Abends von unserm Mitglied zu einer Fabrikbesprechung eingeladen. Dieselbe fand im katholischen Gesellenhause statt; es war der Verbandsvorsitzende vom Christlichen Verbande anwesend. Derselbe berichtete, es handle sich um ein Objekt von 50 Pfg.; ein Lehrling hätte früher die Arbeit gemacht. Nun hätte auf Wunsch der Zahlstelle des Christlichen Verbandes er, der Zentralvorsitzende, eingreifen sollen, aber er hätte nicht direkt abkommen können. Aber schriftlich habe er sich mit der Firma in Verbindung gesetzt. Die Firma hätte geantwortet, in 14 Tagen wäre sie geneigt, zu verhandeln. Von unsrer Seite wurde geltend gemacht, das könne eine absichtliche Verzögerung sein, es wäre schon durch die Hin- und Herschreiberei eine geraume Zeit verflossen, in welcher schon ziemlich viel Zigarren fertig werden könnten. 7 Mark gab es dafür Lhn. Wir machten den Vorschlag, unser Mitglied sollte allein vorgehen, denn dieses war noch allein beteiligt. Die andern Differenzen, woran die Christlichen beteiligt waren, und die Sache zur allgemeinen machten, hatten sich als unbedeutend herausgestellt. Der Herr Vorsitzende stellte den Antrag, die 14 Tage, bis die Reise des Firmeninhabers beendet wäre, zu warten, dann wollte er wiederkommen und die Sache beenden. Dagegen nahm der freie Verband Stellung, er ersuchte, seinem Antrage zuzustimmen; dem Antrage wurde auch bis auf 2 Mitglieder unsres Verbandes und 1 Christlichen zugestimmt. Es war aber weiter nichts zu machen; wir schlugen vor, es möchte der Vorsitzende und einer vom freien Verband verhandeln; das gab es auch nicht. Wir wurden am Verhandlungstage dann wieder eingeladen, um das Ergebnis zu hören. Das Ergebnis war: weil der Herr Vorsitzende so weit hergefahren sei (von Rees), bewillige die Firma 25 Pfg. Es wurde über die 25 Pfg. abgestimmt und Ablehnung erzielt. Es meinte ein christliches Mitglied, nun möge es zum äußersten kommen. Darauf machte der Zentralvorsitzende den Vorschlag, über dieselbe Sache nochmals abzustimmen, er könnte es niemals verantworten, daß ein derartiger Beschluß zustande käme; jeder möchte es sich überlegen. Von unsrer Seite wurden Bedenken gegen eine derartige Geschäftsordnung laut. Nun meinte der Vorsitzende, dann könne der Betreffende (unser Mitglied) allein vorgehen. Wir stellten den Antrag, nochmals vorzugehen, der Firma den Beschluß mitzuteilen und nochmals zu verhandeln. Davon wollte der Vorsitzende nichts wissen, wohl aber seine Mitglieder. Er mußte am andern Morgen mit unserm Bevollmächtigten nochmals zur Firma, und es wird die Sorte auf unsern Vorschlag — die Firma bestand auf 25 Pfg. Zuschlag — nicht gemacht. Der sechste Fall verlief sehr ungünstig für die Betroffenen (15—18 Christliche, 1 freier Verbändler). Die Christlichen haben der Firma Fuchs u. Deventer 13—27 Jahre treu gedient bei Löhnen, die 1—3 Mark niedriger wie in andern Fabriken waren. Dabei gab es keine freie Zurichtung; für Deckblattaufsetzen mußte pro Kopf und Woche 20 Pfg. gezahlt werden; fehlte die Deckblattaufsetzerin, so setzten sich die Arbeiter das Deckblatt selbst auf und bezahlten die 20 Pfg. trotzdem. Vier Wochen hat der Streik gedauert. Die Firma hat sich eine Filiale angelegt in Menzingen (Schwarzwald), und als es die Arbeiter

hörten, machten sie dasselbe. An dem Tage, wo die Formen ankamen, kam auch der Zentralvorsitzende des Christlichen Verbandes. —

Wir haben die Tatsache erkannt, daß die christliche Arbeiterbewegung ein Hemmnis für die freie Arbeiterbewegung, resp. für die Arbeiter der christlichen Bewegung ein Ablenken von ihren Interessen bedeutet. Am Schlusse des Jahres fand noch eine Flugblattverbreitung vom Verband statt, wobei 4 Kollegen die christliche Duldsamkeit zu fühlen bekamen. Der Patriot (Zentrumsorgan am Orte) meinte durch seinen Berichterstatter, jetzt würden sich die Genossen in Erwitte wohl nicht wieder sehen lassen. Sie hätten einen Erwitter Denkzettel bekommen. Abgeschickt wurden 63 Briefe und Karten.

(Wir haben den angeführten Fall unerhörter Vergewaltigung und Mißhandlung aus dem Bericht vorläufig gestrichen; er ist so roh und strafwürdig, daß sich der Staatsanwalt damit befassen müßte, falls die Angabe volle Bestätigung erhalten würde. Wir ersuchen darum unsern Berichterstatter, seine Angaben durch Zeugen resp. durch die Verbandsbeamten in Lippstadt erhärten und bestätigen zu lassen; dann werden wir sie nachträglich abdrucken. Red. d. T.-A.)

Die Tabak-Arbeiter an Einzelmitglieder werden nicht mehr von hier aus expediert. Die Zahlstellen sollen, laut Beschluß des Vorstandes, die Einzelnummern selbst besorgen.
Expedition des Tabak-Arbeiter.

Vereinsteil.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Ihlenhorst**, Mozartstr. 5, I.
Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Oelmühle 21.

Eingegangen: Goldenstedt 65 Mk., Hockenheim 300 Mk., Neuses 100 Mk., Nordhausen 93.50 Mk., Billwärder 150 Mk., Bergedorf 30 Mk., Freiberg 50 Mk., Gr.-Auheim 50 Mk., Calw 80 Mk., Leipzig 50 Mk., Sandhofen 150 Mk., Kirchheim 100 Mk., — **Sterbekasse:** Braunschweig 11.05 Mk., Nordhausen 6.50 Mk., Billwärder 13.85 Mk., Bergedorf 6.55 Mk., Freiberg 16.77 Mk., Stuttgart 13.30 Mk., Erfurt 31.40 Mk., Mundenheim 6.70 Mk., Schmölln 17.59 Mk., Eimsbüttel 46.51 Mk., Calw 19.50 Mk., Leipzig 12.95 Mk., Heiligenstadt 52 Mk., Rothenburgsort 27.20 Mk.

Zuschüsse: Kl.-Steinheim 75 Mk., Waldheim 75 Mk., Halle a. S. 50 Mk., Biebrich 100 Mk., Brettnig 50 Mk., Heiligenstadt 52 Mk. — **Krankengelder:** 151.41 Mk.

Hamburg, den 30. Januar 1905. **P. Otto.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meister, Hannover, Lange Str. 1, II. zu adressieren.

Bekanntmachung.

Das Mitglied **Langer** aus **Reichenbach i. Schl.**, Buch Ser. I, 23155, erhielt in Kottbus eine Beitragsmarke zu 75 Pfg. und leistete irrtümlich keine Zahlung. Die Bevollmächtigten wollen L. darauf aufmerksam machen und den Betrag einziehen. Zugleich ist der Vorstand oder der Bevollmächtigte in Kottbus in Kenntnis zu setzen. Langer soll nach Breslau gereist sein.

Ignaz Hettwer aus **Thanndorf**, Buch Ser. I, 21691, hat in Luckau irrtümlich Krankenunterstützung zu wenig erhalten. Die Bevollmächtigten wollen ihn darauf aufmerksam machen, daß er sich dieserhalb mit dem Bevollmächtigten in Luckau in Verbindung setzen soll.

Das Mitglied **Wilh. Krah** aus **Salzungen**, Buch Ser. I, 18533, ist wegen Rest und Nichtabmeldung gestrichen.

Wegen Schädigung des Verbandes gestrichen: **Schäfer** aus **Hockenheim**, zurzeit in Karlsruhe.

Bremen. **Der Vorstand.**

Vom 24. bis 31. Januar 1905 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

	ℳ ₰		ℳ ₰
21. Januar. Bünde i. W. (H. Möller)	1.02	25. Lübtheen	50.—
23. Lemgo	75.—	25. Osnabrück	100.—
23. Schiffbeck	70.—	25. Ratibor	110.—
23. Bernburg	100.—	25. Kottbus	200.—
23. Goldberg	200.—	26. Kolberg	50.—
23. Carlshafen	25.88	28. Harburg	100.—
23. Velten	110.—	28. Finsterwalde	500.—
23. Wernigerode	250.—	28. Duisburg	100.—
23. Wattenscheid	60.—	28. Connewitz	30.—
23. Bergedorf	20.—	29. Neusalz	100.—
23. Hadersleben	100.—	29. Lüben i. Schl.	44.30
23. Karlsruhe	150.—	29. Hasloch	50.—
23. Neckarhausen	100.—	29. Striegau	100.—
23. Peterswaldau	15.—	29. Frankfurt a. O.	140.—
23. Greiz	20.—	29. Liebschwitz	150.—
24. Altona a. E.	500.—	29. Eibau i. S.	75.—
24. Bovenden	30.—	30. Mittweida	100.—
24. Spremberg	150.—	30. Radeberg	20.—
24. Hann.-Münden	100.—	30. Neufreistett	30.—
24. Wolfenbüttel	100.—	30. Uhrsleben	50.—
24. Frankenstein	30.—	30. Wusterhausen	100.—
24. Torgau	50.—	30. Tangermünde	50.—
24. Ober-Ottendorf	150.—	30. Einbeck	50.—
24. Woltersdorf	50.—	30. Spenge	75.—
25. Eschwege	75.—	30. Krefeld	50.—

B. Freiwillige Beiträge:

23. Januar. Carlshafen, F. Kühnemund	4.20
25. Hartha, vom Kartell, durch P. Ludwig	25.—
26. Zwenkau, M. Neubert	10.—
26. Scharmbeck, G. Ebben, für die Bergarbeiter	10.05
28. Stendal, O. Schulze	6.—

C. Für Annoncen:

24. Januar. Schweinitz, H. Hering	—.50

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 31. Januar 1905. **W. Nieder-Welland**, Marktstraße 18, II. Kassierer.

Gesamt-Abrechnung

über **freiwillige Gelder**, welche vom 13. August 1904 bis 23. Januar 1905 eingegangen sind.

Einnahme:

Einnahme	7519.38 Mk.

Ausgabe:

An den Tabakarbeiter-Verband abgeführt	4890.30 Mk.
An den Sortierer-Verband abgeführt	295.50 „
Mietszuschuß	1179.10 „
Sonstige Ausgaben	959.19 „
Summa:	7324.09 Mk.

Bilanz:

Einnahme	7519.38 Mk.
Ausgabe	7324.09 „
Bleibt Ueberschuß:	195.29 Mk.

Allen Gebern hiermit unsern besten Dank. Wir werden jederzeit bereit sein, gegebenenfalls auch unsere Pflicht zu tun.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Jastrow:** Fritz Wendler als 1. Bev., Johann Bendlin als 2. Bev., Albert Röglin als 3. Bev.; Albert Priebe, August Görtz, Frl. Anna Brokopp als Kontrolleure.

Für **Lieguitz:** B. Mucha als 1. Bev., Karl Gebel als 2. Bev., Karl Obst als 3. Bev.; Rich. Hickler, Ernst Schmidt, Willi Opitz als Kontrolleure.

Für **Verden:** Fr. Güntherot als 1. Bev., H. Huntemann als 2. Bev., Georg Lieberknecht als 3. Bev.; Fr. Hatzky, L. Waßmann, Fr. Rappe als Kontrolleure.

Für **Gr.-Rhüden:** Karl Pülm als 1. Bev., Wilh. Flügge II als 3. Bev.; H. Göke als Kontrolleure.

Für **Pasewalk:** Gust. Zimmermann als Kontrolleur.

Für **Mittweida:** Paul Am Ende als Vertrauensmann.

Für **Naumburg:** Karl Bräske als 1. Bev., P. Schmidt als 2. Bev., H. Freund als 3. Bev.; Aug. Kirst, Karl Grundke, Bauer als Kontrolleure.

Für **Neumünster:** Gust. Hohnsbehn als 1. Bev., Karl Jürs als 2. Bev., W. Borchardt als 3. Bev.; H. Lembke, C. Meinert, G. Wendt als Kontrolleure.

Für **Gera:** Gust. Kitzing als 1. Bev., Benni Joseph als 2. Bev., Rich. Winde als 3. Bev.; A. Fendrich, Ernst Kirst, P. Nickel als Kontrolleure.

Für **Leisnig:** Paul Zießmer als Vertrauensmann.

Für **Edenkoben:** Karl Dörrzapf als 1. Bev., Christ. Kornelius als 2. Bev., Matthäus Hofen als 3. Bev.; H. Kornelius, H. Fath, Anna Flach als Kontrolleure.

Für **Hiddenhausen:** Oswald d'Arragon als 1. Bev., H. Blomeier als 2. Bev., H. Müller als 3. Bev.; G. Kuschmirz, W. Schürmeier, H. Bentrup als Kontrolleure.

Für **Landsberg a. W.:** P. Krabiell als 1. Bev., Karl Krüger als 2. Bev., Fritz Kattowsky als 3. Bev.; W. Mietzner, Artur Drews als Kontrolleure.

Für **Lüben i. Schl.:** Max Schlacht als 1. Bev.; Leo Ciwinsky, Gust. Weisfinger als Kontrolleure.

Für **Spandau:** Karl Bartels als 1. Bev., A. Zatrieb als 2. Bev., Otto Krüger als 3. Bev.; Otto Unger, Marie Günther, Luise Schäfer als Kontrolleure.

Für **Greiz:** Antonie Rösch als Vertrauensperson.

Für **Haßloch:** Johs. Haag als 1. Bev., H. Dambach als 2. Bev., Georg Gaß als 3. Bev.; Georg Dambach, Georg Müller, Christ. Scheurer als Kontrolleure.

Für **Wernigerode:** F. Salzwedel als 1. Bev., C. Eilhardt als 2. Bev., R. Schmidt als 3. Bev.; Weidemann, Brauckhof, Lehmann als Kontrolleure.

Für **Ober-Ottendorf:** P. Döckert als Vertrauensmann.

Für **Löban:** A. Böhmer als Vertrauensmann.

Für **Cottbus:** Wilh. Vogel als 1. Bev., Wilh. Stiller als 2. Bev., Fr. Guntowsky als 3. Bev.; A. Milisch, G. Lohr, A. Köppe als Kontrolleure.

Für **Priebus:** Paul Jachmann als 1. Bev., Gust. Klinke als 2. Bev., Karl Sasse als 3. Bev.; Franz Meier, Artur Schulz, Oswald Schneke als Kontrolleure.

Für **Schwetzingen:** Franz Schweigert als 1. Bev., Marie Schäfer als 2. Bev., Herm. Kroner als 3. Bev.; Christ. Uelzhöfer, Wilh. Tegerhoff, Florentin Schweitzer als Kontrolleure.

Für **Fürstenwalde:** Aug. Grünherz als 1. Bev., Wilh Nowak als 2. Bev., Gust. Birkholz als 3. Bev.; Schubert, Nickel, Langner als Kontrolleure.

Für **Gr.-Hausen:** Georg Knaup als 1. Bev., A. Simon als 2. Bev., Ph. Knaup I als 3. Bev.; Kübler, Becker, Metz als Kontrolleure.

Für **Cüstrin:** Max Bachert als 1. Bev., Franz Lorbeer als 2. Bev., Marie Gemende als 3. Bev.; Fritz Drieling, Hugo Karpinski; Marie Kaiser als Kontrolleure.

Für **Einbeck:** Ph. Schuck als 1. Bev.: Otto Vieth als 2. Bev., Lud. Meinhausen als 3. Bev.; H. Kühn, Wilh. Heinemann, Wilh. Rohmeier als Kontrolleure.

Für **Friedeberg i. M.:** Emil Märker als 1. Bev., H. Voß als 2. Bev., Otto Streich als 3. Bev.; Fritz Horn, Emynoth, A. Voß als Kontrolleure.

Für **Rehme:** Arnold Albertsmeyer als 1. Bev., Fritz Bültemeyer als 2. Bev., Fritz Harre als 3. Bev.; H. Brandt, Fritz Albertsmeyer, Karl Apke I. als Kontrolleure.

Für **Neudamm:** Emil Kusse als 1. Bev., Paul Paech als 2. Bev., Herm. Kemnitz als 3. Bev.; Herm. Engel, Joh. Gabriel, Karl Meßmann als Kontrolleure.

Für **Prenzlau:** Ernst Siewert als 1. Bev., Ludwig Loose als 2. Bev., Karl Jahnkow als 3. Bev.; H. Poilliam, Theod. Gericke, H. Freudenberg als Kontrolleure.

Für **Potsdam:** Mart. Flick als 1. Bev., Willi Kiesel als 2. Bev., Paul Ebel als 3. Bev.; Otto Schmidt, Max Flohr, Paul Kleinert als Kontrolleure.

Für **Eschwege:** A. Günther als 1. Bev., Georg Neusüß als 2. Bev.

Für **Waldheim:** Rich. Rasch als 1. Bev., Aug. Felgener als 2. Bev., Rich. Lessig als 3. Bev.; P. Anker, Gust. Otto, Emil Hause als Kontrolleure.

Berichtigung. In Nr. 5 des Tabak-Arbeiter muß es unter der Rubrik „Vom Vorstand sind ernannt" heißen: **Altenbruch** und nicht Altenbruck.

Provisorisch aufgenommen sind:

Albert Thom, Gustav Pieschke, Julius Schülke, Albert Höhnke, Elise König, Bernhard Schmidt, Auguste Lippkono, Karl Zindler, Theodor Schmekel, Karl Steinke, sämtlich aus Jastrow, Paul Glasow aus Usch, Paul Schulz aus Danzig, Robert Käding aus Zamborst, Henriette Nitz aus Bärwalde, Leonhard Sydow aus Budsin, Karl Steinke. (171)

Auguste Jahn aus Belgard in Pommern. (333)

Berta Degener aus Herzberg a. H. (163)

Wilhelm Karstens aus Heide (z. R.). (464)

Joh. Klinger, Kath. Korb aus Griesheim. (112)

Ernst Steinmann, Heinr. Voß aus Gr.-Rhüden. (114)

Herm. Diem aus Großgartach. (150)

Heinr. Pfeiffer aus Neckarsulm, Franz Schmidt aus Lengfeld. (377)

Paul Galow aus Jastrow (z. R.). (232)

W. Göötz aus Pasewalk (z. R.), Otto Lemke aus Plietznitz (z. R.), Franz Guhl aus Strelitz-Alt, Gottlieb Kownatka aus Angerburg, Willy Henning aus Pasewalk (z. R.), Wilh. Lücke aus Schwedt a. d. Od. (z. R.), Rich. Bauer aus Pasewalk, Willy Hempel aus Wittenhagen. (270)

Franz Beski aus Blumenau (z. R.). (236)

Kätchen Hausmann aus Merklingen. (210)

Elise Hahn, Anna Kurz, Anna Klee, Anna Muth, Anna Geiß, Franz Kurz, Susanne Rauchholz aus Ostersheim. (263)

Jos. Zakrzewsky aus Bromberg (z. R). (189)

Kurt Kuhnla, Paul Fröhlich aus Weida, Anna Jung aus Schleiz, Max Prager aus Debschwitz. (124)

Paul Nugk aus Luckau. (202)

Aug. Schulz aus Herford, Konr. Geißel aus Gelsenkirchen. (152)

Ferd Reinhard aus Kl.-Auheim. (473)

Karl Opitz aus Ottmachau. (267)

Paul Berndt aus Stargard i. P. (196)

Georg Polske aus Guben. (128)

Christian Scheurer aus Haßloch. (136)

Wilh. Strohmeier, Otto Keune, Fr. Lahau, Fr. Klare aus Wernigerode, Emma Bäcker, Fr. Möser aus Hasserode, Rich. Keune, Max Köhler aus Halberstadt, Fr. Böttcher aus Wernigerode, Minna Blanke aus Stelstedt. (365)

Wilh. Wenzel aus Fraustadt, Abraham Moses aus Posen. (283)

Richard Frommhold aus Bischofswerda, Otto Heinrich aus Rammenau. (33)

Marie Jakubik aus Ostrog, Marie Wallach aus Plania, Franziska Gruschka aus Borutin, Josefa Krause aus Ratibor, Franziska Czech aus Stieblau (z. R.). (294)

E. Schwied aus Liedenfels, Lina Peter aus Ladenburg, Marie Schmich aus Eberbach, Magdalena Porzenheim aus Bernkastel. (200)

Karl Jos. Hentschel aus Schluckenau. (195)

A. M. Schmitt, A. E. Schmitt, Therese Schneider, M. Benz, Georg Schmitt aus Kl. Steinheim, Rosina Braun aus Neuses, Barbara Heilos aus Bürgel, Margareta Daube aus Dietesheim, Anna Müller aus Hanau. (178)

Rudolf Björklund aus Malmö (z. R.), Otto Anderson aus Linköping (z. R.). (73)

Frau Lohmann aus Hamburg. (349)

Max Konzack aus Cottbus (z. R.), Anna Berndt aus Steinau a. Oder. (57)

Theresia Kast aus Elgersweier. (98)

Jak. Eichhorn aus Hockenheim, Fr. Cleß aus Plankstadt, Helena Vogel aus Ketsch, Berta Engelhardt aus Sternenfels, Elisabeth Werner, Elise Schwab, Marie Blaull, G. Uelzhöffer, H. Grünaurer, Eva Pfister aus Schwetzingen. (318)

Oskar Behrens aus Wolfenbüttel. (361)

Fr. Stöbener aus Münden. (216)

Jos. Siepmann aus Sewinhausen, Fritz Franzeck aus Wattenscheid. (362)

Otto Pohle aus Neudamm. (459)

Anna Schulze aus Delitzsch. (74)

Aug. Güßow aus Scholene. (407)

Berichtigung. In Nr. 5 des Tabak-Arbeiter muß es unter der Rubrik „Provisorisch aufgenommen sind" heißen: Joh. Meins aus Zarpen und nicht Joh. Weiß aus Zargen.

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. **Der Vorstand.**

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Edenkoben:** Bei Karl Dörrzapf, Bismarckstr. 3. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 6½—7½ Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—12 Uhr mittags.

In **Einbeck:** Bei Otto Vieth, Münsterstr. 6, II.

In **Eschwege:** Bei Georg Neusüß, Mauerstraße 12. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 8—9 Uhr vormittags.

In **Friedeberg:** Bei H. Voß, Nord-Umstr. 44. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—9 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 9—1 Uhr mittags.

In **Kottbus:** Bei W. Vogel, Weinbergstr. 15. Von 12 bis 1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends.

In **Löbau:** Bei Karl Pietsch, Königsberg 12.

In **Ronneburg (S.-A.):** (Vom 1. Februar ab) beim 2. Bev. Emil Großer, Schießgasse 6/o. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—2 Uhr mittags. — Herberge: Gasthaus zum Fürstenkeller.

In **Spandau:** Bei A. Zatrieb, Pichelsdorfer Str. 41. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen zu jeder Tageszeit.

In **Züllichau:** Bei August Schütz, Bleiche Nr. 4. An Wochentagen von 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen in den Vormittagsstunden.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Wernigerode:** Bei F. Salzwedel, Bodestr. 16. Jeden Sonnabend von 9—1 Uhr mittags.

Als Obmann der Vorortskommission wurde gewählt:

In **Dresden:** Max Clement, Dresden-N., An der Dreikönigskirche 6, I.

In **Gera:** Rich. Winde, Gera-Debschwitz, Friedrichstraße 24. Zuschriften für die Kommission sind nur an diesen zu richten.

In **Leisnig:** Paul Zießmer, Weststraße 14.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euere Versammlungen zahlreich!)

In **Geldern:** Sonnabend, den 4. Februar, im Vereinslokale bei Herrn Simon Tenhaven. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der dem Vorstand in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes. — Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. — Die Mitglieder wollen bis dahin ihre Beiträge begleichen.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Johanngeorgenstadt:** Sonntag, den 5. Februar, nachm. ½4 Uhr, im Hotel Wartburg. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Neuwahl. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Eilenburg:** Sonnabend, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Tivoli. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. — Ersuche die Mitglieder, zahlreich zu erscheinen.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Herford:** Sonntag, den 12. Februar, vormittags ½11 Uhr, bei Frau Witwe Oberbek. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Berlin:** Mittwoch, den 15. Februar, abends 9 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal, sowie vom Stiftungsfest. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Wie organisieren wir unsere Zahlabende? 4. Verschiedenes. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Dresden. Achtung! Das Verbandsbureau befindet sich von jetzt ab im **Volkshaus**, Dresden-A., Ritzenbergstr., II. Geschäftszeit: Vormittags von 8—1 Uhr, nachmittags von 4—7 Uhr. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, sowie Wöchnerinnen-Unterstützung wird Sonnabends in obiger Zeit ausgezahlt.
J. A.: **Der Vertrauensmann.**

Kottbus. Die auswärtigen Mitglieder wollen ihre Beiträge an Wilh. Stiller, Wallstraße 23, senden.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Ronneburg (S.-A.). Den am Orte befindlichen Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß Meldekarten zur Arbeitslosigkeit wie früher beim 1. Bevollmächtigten verabreicht werden.

Im Interesse unseres Verbandes müssen wir nochmals darauf hinweisen, daß Fremde, welche gedenken, in Ronneburg in Arbeit zu treten, sich zuvor beim 1. Bevollmächtigten zu melden haben. Zuwiderhandelnden wird die Unterstützung verweigert.

Indem es uns unmöglich ist, die Gemaßregelten in Braunichswalde wieder unterzubringen, so empfiehlt es sich, daß die Bevollmächtigten mir sofort mitteilen, wenn irgendwo Arbeit vorhanden ist. Es kommen noch in Betracht: 4 Ledige, 2 Verheiratete und 1 Frau. J. A.: Otto Fuchs, 1. Bevollmächtigter Bergkellergasse 29/o.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

In dieser Woche

und solange der Vorrat reicht, kommen zu **außergewöhnlich billigen Preisen** nachfolgende **Tabake** zum **Versand:**

Sämtliche Sorten sind tadellos in Brand und Geschmack!

Domingo ff., breitblattig und zart, **80** Pfg.
St. Felix-Brasil-Einlage, gesunde Ware, **70** und **80** Pfg.
„ „ „ **Decken,** sehr ergiebig u. schneeweiß im Brand, **150** Pfg.
Havanna, große reelle Einlage, leicht und wollig, **75** und **80** Pfg.
Seedleaf-Umbl. u. Einl. **75** Pfg., **feinstes Umblatt 90** Pfg.
Carmen-Umblatt 75, 80, 85, 90, 100 Pfg.
Sumatra-Umblatt, enorm vorteilhaft, **95** Pfg.

Außerdem empfehle noch **Sumatra-Decken** in allen Farben und Längen, von 110—350 Pfg.; **Java-** und **Vorstenland-Decken** 140, 150, 180, 200 Pfg.; **Mexiko-Decken** 200 Pfg.; **Java-Umblatt** 90, 85 Pfg.; **Losgut,** extrafeine Mischung **bester Original-Tabake, meist Umblatt,** 75 Pfg.; **Wickelformen,** gerade Fassons, 20—50 Pfg.; **Zigarrenband, Halbseide,** pro Rolle 75 Pfg.

Preise per Pfund verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. **Neustadtswall 36.** Fernsprecher 3946.

Hans Wittig

Bremen 2. ✦ Bremen 2.

Empfehle zu **billigsten** Preisen:

Sumatra, Decker, 125, 140, 150, 160, 180, 200, 210, 225, 250, 260, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 450 Pfg. — **Java, Decker,** 130, 135, 140, 150, 160, 180 Pfg. — **Java, Umblatt,** 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125 Pfg. — **Java, Umblatt und Einlage,** 80, 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Decker,** 250, 300, 350 Pfg. — **Havanna** 120, 150, 180, 200, 250, 300, 400 Pfg. — **Brasil, Decker,** 150, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Umblatt und Einlage,** 85, 90, 100, 110, 120 Pfg. — **Carmen, Umblatt,** 85, 90, 100, 105 Pfg. — **Domingo, Umblatt,** 80, 90, 95, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt,** 85, 90, 100 Pfg. — **Losgut, gemischte Original-Tabake,** 75, 80, 85 Pfg.

Ferner empfehle **deutsche Tabake,** prima Ware.
Elsässer Rebut 80 und 85 Pfg.

Preise per ½ kg verzollt. — Versand unter Nachnahme.
Kredit nach Uebereinkunft.

Carl Rother & Rode

Rohtabak-Handlung

Breslau I., Hummerei 26.

Neue u. gebr. Wickelformen. — Grus und Spitzen.

Spezialität: ff. Sumatras.

Grossartiges Lager sämtl. Tabake zur Zigarrenfabrikation.

Billigste Preise. — Streng solide Bedienung. — Bei Aufträgen von 20 Mark an 3 % Sconto. — Versand an Unbekannte nur unter Nachnahme. — Umtausch gern gestattet.

Roh-Tabake

zur Zigarren-Fabrikation sowie **sämtliche Utensilien**
empfiehlt

Carl A. Thiele, Dresden-N., Heinrichstr. 16.

Bei 10 Mk.: 3 Prozent. Rabattbücher.

Brinkmeier & Co., Bremen.

Spez.: Sumatra-Decken. — Spez.: Sumatra-Decken.

Roh-Tabak — **Gelegenheitskauf.**

Hochfeine Partie

Vorstenlanden-Decker

1 Vollblattlänge — Qualitätstabak

verzollt nur 160 Pfg. per Pfund.

Man verlange Preisliste Nr. 13 gratis u. franko.

Billigstes Roh-Tabak-Lager Hamburgs!

L. Adler, Vereinsstraße 34, Hamburg.

Helle **Sumatra-Decken,** Vollbl. I. L., Pfd. 3.30 ✱ II. L. Mk. 2. — Sumatra, mittel, II. L. Vollbl. Pfd. 1.60 ✱ II. L. Stückbl., sehr deckfähig, Pfd. 1.30. — Sumatra, dunkel, II. L. Vollbl. Pfd. 1.50, do. Umbl., leicht, 1.10, 1.15 ✱ Brasil Umbl. u. Einl. 85, 90, 95 Pfg., rein Umbl. Mk. 1 ✱ Umbl. u. Decke 1.10, 1.20 ✱ Decke Mk. 1.40 — Java Umbl. u. Einl. 85 Pfg., rein Umbl. 95, 100-120 Pfg. — Domingo ff. 95 Pfg. — Havanna Umbl. 1.60, 2.00, 2.50. — Losgut 75 Pfg. — Mexiko, sehr deckf., 1.85. — Vorstenl. Decke, hell, Pfd. 1.50. ✱ **Sämtliche Preise verstehen sich verzollt!** Bestellungen per Nachnahme. **Ein Versuch genügt, um ständiger Kunde zu bleiben! Von 9 Pfd an franko Haus!**

Feine Qualitäten. — Tadellos in Brand.

Rohtabake

in grösster Auswahl zu äusserst billigen Preisen.

Albert Steen, Bremen

Filiale: Berlin N., Linienstr. 203/4, Ecke Rosentaler Str.

Bitte Preisliste zu verlangen.

Versand nur unter Nachnahme.

Streng reell. — Kulante Bedienung.

Berücksichtigen Sie

dies ausnahmsweise billige Angebot!

Sumatra-Losgut zu Deckblatt

nur feine weißbrennende Marken, gebe freibleibend das Pfund für **110** Pfg., netto 9 Pfd. frei geg. Nachn. für **10** Mk., überhaupt **Rohtabak billigst.**

J. G. EINERT

Braunschweig.

Jeder überzeuge sich davon.

Rohtabak!

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbuser Straße 3a
empfiehlt

Sumatra

feine mittelbraune Farben, schneeweißer, geschlossener Brand, Deckkraft kaum 1¼ Pfund

per Pfund nur Mk. 2.80.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstr. 185.
Gegründet 1879.

Spezial-Offerte:

Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Muster:

Sumatra-Decke, 1te Lge., schwarz, schneeweißer Brand 400 ₰
do. ganz hell, reinfarbig . . 300 ₰
Uckermärker, beste Qualität, groß, sehr blattig . . 60, 65, 70 ₰

! Direkter Einkauf ! eigene Bearbeitung !

daher größte Leistungsfähigkeit!

Sämtl. Fabrikations-Utensilien.

Nachtrag z. Katalog neu erschienen.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke 125, 135, 160, 200, 210, 240, 250, 275, 300, 350, 400, 500 ₰.
Sumatra-Umblatt 115, 125, 130 ₰.
Vorstenland-Decke 145, 175 ₰ schwarzgrau
Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130 ₰.
Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200 ₰.
Carmen, Domingo, Seedleaf 85, 95, 110 ₰.
Cuba 100, 300 ₰. — **Havanna** 80, 135 ₰.
Mexiko-Decke 185, 375, 450 ₰.
Pa. Losgut 80 ₰, **Paraguay** 85 ₰.
Inländische Tabake 65, 70, 75, 80 ₰.
Preise ausgewogen m. 3 % Cassa-Sconto.
Kredit nach Uebereinkunft.

S. Hammerstein Filiale
Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Rohtabak.

Decke Nr. 5230

rötlich hell, reinfarbig

1. Länge Vollblatt

unter 1½ Pfd. deckend

à Mk. 2.00 verzollt.

Kredit nach Uebereinkunft.

Größtes Lager in Wickelformen.

W. Hermann Müller

Berlin O.

Magazinstrasse 14.

Billige Roh-Tabake!

Sumatra-Decke 110 bis 450 Pfg., in allen Längen und Farben. — **Java** 80 bis 325 Pfg. — **Brasil** 82 bis 215 Pfg. — **Domingo-, Carmen-, Seedleaf-Umblatt** 85 bis 125 Pfg. — **Losgut** aus nur überseeischen, kerngesunden Tabaken 75 Pfg., 80 Pfg. (Aufarbeiter) und 85 Pfg. (viel Brasil). — **Kentucky** (zum Spinnen und Schneiden) 80 bis 115 Pfg.

Preise verzollt per Pfd unter Nachnahme.

Jedes, auch das kleinste Quantum, zu obigen Engros-Preisen.

Fr. W. Spanuth
Bremen, Westerstrasse 88/90.
Fernsprecher 1158. Fernsprecher 1158.

Wilh. Puchtler

Altona (Elbe), Paulstr. 14.

Rohtabake.

Wir empfehlen als besonders preiswert (Preise per Pfund verzollt):

Brasil, hervorragende Qualität, 1.00 bis 1.50 Mk.
Sumatra, tadelloser Brand, vorzüglich deckend, 1.10, 1.15, 1.60, 1.80—2.80 Mk.
Seedleaf, Ia. Qualität, 1.00, 1.20 Mk.
Yara-Cuba u. **Havanna** von 1.20—2.50 Mk.
Losgut (gesund) 0.80 Mk.

Versand nur unter Nachnahme. — Nichtgefallendes nehmen anstandslos zurück.

Hienfong Essenz

extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Dutzend Mk. **2.50** (30 Flaschen Mk. **7.—**, kostenfrei überallhin). **Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57, bei Waldenburg (Schlesien).**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Neumünster.

Sonnabend, den 18. Februar
im Elysium

Stiftungs-Fest

bestehend in **Konzert** und **Ball.**

Anfang 8½ Uhr. **Entree 50 Pfg.**

Die Kollegen der nächstliegenden Orte sind eingeladen.

Der Ueberschuss ist für die streikenden Bergarbeiter bestimmt.

Das Komitee.

En gros. **Rohtabak** En détail.

F. W. Helmecke, Magdeburg.

Grosse Auswahl! **Billigste Preise!**
Preisliste gratis und franko.

Inventur-Angebot!

Ausnahme-Preis!

Ca. 600	**Pfd.**	**Sumatra-Muster**	per Pfd.	**175**	Pfg. verzollt
„ **200**	„	**Mexiko-Muster**	„ „	**200**	„ „
„ **800**	„	**Java-Muster**	„ „	**100**	„ „
„ **600**	„	**Brasil-Muster**	„ „	**100**	„ „
„ **500**	„	**Carmen-Muster**	„ „	**80**	„ „
„ **500**	„	**Domingo-Muster**	„ „	**80**	„ „

Die Muster Sumatra und Mexiko sind fast sämtlich Decken.

Postkolli von 9 Pfd., so lange der Vorrat reicht, unter Nachnahme.

L. Cohn & Co.

Berlin N., Brunnenstrasse 24.

Rasiermesser

von unerreichter Güte und Schnittfähigkeit empfiehlt

Fritz Hammesfahr, Fabrik u. Versandhaus, Foche b. Solingen.

D. R. G. M.

Nur bei mir zu haben.

Kronen-Diamant-Stahl M. 3.25
Kronen-Silber-Stahl . . M. 2.25

Fertig zum Gebrauch mit Etui. Für jedes Stück **wird garantiert. Streichriemen M. 1.— bis M. 1.80. Rasierpinsel, Rasierschalen** à M. **—.50, Oelabziehstein M. 2.50, Schärfmasse M. —.30, Rasierseife M. —.25. Rasier-Garnitur complet** in f. Etui M. 8.—. Versand gegen Nachnahme. Katalog mit über **3000** Abbildungen **bitte zu verlangen** franko und umsonst.

Rohtabak-Handlung

in- und ausländische
en gros en detail

Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Jacob Hirsch jun.

Mannheim a Rh., P 7, 1

Agentur u. Kommissionsgeschäft.

Rohtabak.

Sumatra-Decke, 2. Länge, Vollblatt, 1.40, 2.00, 2.35, 2.50, letztere 3 Sorten hell **Brasil-Decke** 1.25, 1.45, 1.80. **Mexiko-Decke** 1.20. **St. Felix-Einlage mit Umblatt** 95—100 Mk. **Cuba-Einlage mit Umblatt** 1 Mk **Umblatt in Sumatra** 1.05, **Java** 95, **Domingo FF** 80—90, **Carmen** 75—95.

Sämtliche Tabake ff Qualität und Brand. Preise per Pfund verzollt Versandt gegen Nachnahme.

Richard Beermann
Bremen, Nordstraße 2.

Rohtabak.

Sumatra 90, 100, 150, 180, 200 bis 350 Pfg., **Java** 75, 80, 85, 95, 100, 110 bis 300 Pfg., **St. Felix** 80, 85, 90, 100 bis 200 Pfg., **Seedleaf** 80, 85, 90 bis 110 Pfg., **Carmen** 75, 80, 85, 90 bis 110 Pfg., **Domingo** 80, 85, 90 bis 100 Pfg., **Havanna** 85, 125, 150 bis 300 Pfg., **Mexiko** 180, 200, 220 Pfg., **Gemischt. Losblatt** 70, 75, 80 Pfg.

Preise verzollt, Versand gegen Nachn.

B. Iben, Bremen

Haferkamp 46.

Amst. Deli-Decke

reinf., ganz hell, weiß. Brand, I. Sorte u. I. Länge, sehr billig, Pfd. Mk. 2.35 **Vorst.-Umbl.,** reif. Qual., I Länge Mk. 1.15 **Brasil-Einl.,** Hav.-Qualität, Mk. 9.90 Preise verz. Zur Probe 9 Pfd. p. Nachn. In Packen, ca. 70 kg, ganz billig auf Anfr.

O. Hartwig, Bocholt a. d. holl. Gr.

Sumatra

zweite Länge Vollblatt, leicht, braune Farben mit 2 Pfd. deckend **per Pfd. verzollt Mk. 2** bei Packenabnahme 9 Pfd. Mk. 1.80 Typen versend. gratis u. franko.

Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen.

Geschenkt und portofrei

zugef. erhlt. jed. Nebenverd. suchende Arbeiter einen Gegenstand mit sein. Namen im Werte v. 40 Pfg. a. Must. Deutliche Adresse an **Reinhardt Thate** in **Hohenstein-Ernstthal i. S.**

Ia. Grus a 25, 50, 75, stets am Lager. **Amerik. Umbl.** 100—120. **ff. hell, Deli, Geleghkf.,** a 2½—300, **off. Kemmler Nfg., Breslau 6.**

Todes-Anzeigen.

Am 21 Januar starb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied Frau **Auguste Titscher** im Alter von 61 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Zahlstelle Altenburg, S.-A.

Am 24. Januar starb infolge eines Blutsturzes unser Mitglied **M. Kramer** aus Lunzenau.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Rochlitz.

Am 25. Januar starb das Mitglied **Ludw. Jos. Bohland** aus Mainz im Alter von 27 Jahren.

Leicht sei ihm die Erde!

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Mainz.

Am 25. Januar verstarb nach langem, schwerem Krankenlager das Mitglied **Anna Stiller** im Alter von 29 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Zahlstelle Ohlau.

Am 26. Januar verschied nach langem und schwerem Leiden die Kollegin **Emilie verw. Klötzer** im Alter von 44 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Zahlstelle Dresden.

Am 28. Januar starb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege, der Zigarrenmacher **Heinr. Crössmann** im Alter von 37 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Pfungstadt.

Am 29. Januar verschied schnell und unerwartet das Mitglied **Otto Veit** aus Frohburg im zarten Alter von 21 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Einzelmitglieder von Frohburg.

Sonntag, den 29. Januar, verschied im Krankenhause zu Karlsruhe nach langem, schwerem Leiden das Mitglied und Mitbegründer der hiesigen Zahlstelle **Jakob Mühl** im Alter von 29 Jahren.

Leicht sei ihm die Erde!

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Herxheim.

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstraße 59. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum Tabak-Arbeiter.

Nr. 6. Sonntag den 5. Februar 1905.

Grenzen und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat in den letzten Jahren numerisch einen bedeutenden Aufschwung genommen, einzelne große Verbände, wie die Gewerkschaften der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter, Bergarbeiter usw. haben geradezu stolze Mitgliederzunahmen zu verzeichnen. Das ist eine erfreuliche Erscheinung, aber ganz kritiklos möchten wir an ihr nicht vorbeigehen. Ist mit der Ausbreitung auch eine Vertiefung der Bewegung Hand in Hand gegangen? Diese Frage möchten wir in einigen Ausführungen beantworten. Die Antwort steht leider nicht in Einklang mit dem erfreulichen Zuwachs der Gewerkschaften.

Das ist zum Teil im Wesen der Gewerkschaftsbewegung begründet. Die Gewerkschaften haben in erster Linie die Aufgabe, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben, das heißt, sie vertreten Berufsinteressen. Die Vertretung der Berufsinteressen, extrem betrieben, kann aber zu einer Schädigung der Allgemeininteressen führen. Diese Gefahr liegt vor, wenn die Durchdringung der Gewerkschaften mit sozialem Geiste vernachlässigt wird, wenn die Gewerkschaft ganz unpolitisch sein will, sich nur als Vertreterin ihrer Berufsinteressen fühlt. Dann schleicht sich unbemerkt der Zunftgeist in die Gewerkschaft hinein, es kommt zu Kämpfen zwischen Gewerkschaften, wie z. B. in England, weil eine Gewerkschaft für ihre Mitglieder das Recht auf bestimmte Arbeiten reklamiert. Und ganz fremd ist dieser Geist ja auch nicht im deutschen Gewerkschaftsleben. Vertritt doch z. B. der Buchdruckerverband den Grundsatz, daß als Maschinenmeister nur gelernte Buchdrucker eingestellt werden dürfen. Daß Schlosser, Monteure, Mechaniker für solche Arbeit mindestens gleichwertig qualifiziert sind, liegt auf der Hand.

Für die Behauptung, daß einseitige Vertretung von Berufsinteressen mit Allgemeininteressen zusammenstoßen kann, dafür ein paar Beispiele. Die ausschweifenden Mordwerkzeugforderungen schaffen für viele tausende Metallarbeiter lohnende Arbeit. Wir sagen lohnende Arbeit, denn ohne Zweifel gehört die Herstellung von Mordwerkzeugen zu der bestgezahlten Arbeit in der gesamten Eisenindustrie. In den Ausgaben für Panzerplatten, Kanonen, Geschossen usw. steckt ein relativ hoher Anteil Löhne. Würden die Metallarbeiter lediglich auf Vertretung von Berufsinteressen gedrillt, dann würden sie ohne Bedenken den wildesten Militärforderungen zustimmen, unbekümmert um die Last, die damit dem Volke auferlegt wird. Der Steueranteil, der auf den Metallarbeiter entfällt, machte die verbesserte Erwerbsgelegenheit wieder wett, während der übrige Volksteil nicht nur erhöhte Steuerlast, sondern auch Schädigung der Erwerbsgelegenheit zu beklagen hätte, denn das Geld, das für die Mordwerkzeugkultur ausgegeben wird, muß andern Arbeiten von kulturellem Wert entzogen werden.

Ein andres Beispiel! Als Bergmann begrüße ich das Wirken des Kohlensyndikats — weil während des Bestehens des Syndiktas die Löhne der Bergarbeiter gestiegen sind und bei einer Sprengung des Syndikats der einsetzende Preisdruck auch die Löhne beeinflussen würde. Vom Standpunkt des abstrakten Berufsinteresses ist eine solche Haltung ganz korrekt. Und von diesem Standpunkt wäre es auch vollständig konsequent, wenn die Bergarbeiter für die Zusage einer Lohnsteigerung und sonstiger Vorteile ganz energisch für eine weitere Preissteigerung der Brennmaterialien eintreten. Kann ich aus Berufsinteresse der bisherigen Politik des Syndikats zustimmen, dann muß es doch auch erlaubt sein, auf den betretenen Pfaden weiter zu wandeln, wenn das Berufsinteresse dabei weitere Förderung erfährt.

Wohin würde man aber schließlich mit einer solchen Taktik gelangen? Zur Abschwächung des allgemeinen Solidaritätsgefühls auf Kosten der auf einen Beruf abgegrenzten Sonderinteressen, die mit dem Allgemeininteresse in Kollision geraten. Bei Ueberschätzung der Gewerkschaftsbewegung kann man nur zu leicht solche Gruben übersehen und hineinpurzeln. Es ist ein Grundirrtum, anzunehmen, jede Lohnerhöhung bedeute einen entsprechenden allgemeinen sozialen Fortschritt. Im Gegenteil kann die Einkommenssteigerung für einen Beruf eine wirtschaftliche Schädigung der Gesamtheit einschließen. Nehmen wir an: Das Kohlenmagnatentum läßt eine Lohnsteigerung für die Gesamtbelegschaft in Summa um 50 Millionen Mark eintreten, gleichzeitig wird eine Preissteigerung vorgenommen, die eine Mehrbelastung der Konsumenten um 100 Millionen Mark ausmacht, so hat die Bergarbeiterschaft zwar 50 Millionen Mark nominell gewonnen, die Gesamtheit hat aber trotzdem 50 Millionen Mark auf dem kapitalistischen Altar opfern müssen. Und auch die Bergarbeiter haben nicht einen absoluten, sondern nur einen nominellen Gewinn in der angegebenen Höhe davongetragen. Die Lohnerhöhung zieht ein Anziehen aller Preise nach sich, ein großer Prozentsatz des Lohnzuschlags wird durch Verteuerung der Lebenshaltung absorbiert.

Man könnte sich in die Frage verlieren, ob nicht auch ohne die Lohnerhöhung die Preissteigerung eingetreten sein würde? Das scheint uns überflüssig zu sein, weil es uns zunächst ja nur darauf ankommt, nachzuweisen, in welche bedenkliche Lage man gerät, wenn man aus Berufsinteresse kapitalistische Tendenzen zu rechtfertigen und zu verteidigen sich unterfängt. Will man obige Frage aber, davon abgelöst, kurzer Hand bejahen, dann wäre das ein treffliches Argument für die Warnung, die Gewerkschaftsbewegung nicht zu überschätzen als Mittel im Emanzipationskampfe. Ob die Preissteigerungen eine Folge von Lohnerhöhungen sind, oder ob die Preissteigerungen die Lohnerhöhungen erst möglich machen, ist in letzter Linie gleich, es kommt hier darauf an, zu untersuchen, ob durch die Lohnerhöhung die Mehrwertquote beeinflußt wird oder nicht. Vergrößert sich durch die Preissteigerung — oder auch durch Steigerung der Produktivität — die Mehrwertquote, so ist der Kapitalismus nicht geschwächt worden, er hat vielmehr trotz der Lohnsteigerung eine Stärkung erfahren.

In den letzten 30 Jahren sind die Löhne verschiedener Arbeiterkategorien nominell ja ziemlich erheblich gestiegen. Daß diese Lohnsteigerungen aber nur sehr begrenzt die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, denen sie zugeflossen sind, gehoben haben, ist genügend bekannt. Oft wird durch Steigerung der Mieten, der Lebensmittelpreise und der infolge intensiverer Anspannung der Arbeitskraft notwendigen Verbesserung der Lebenshaltung die eingetretene Lohnsteigerung vollständig ausgeglichen. Aber auch selbst angenommen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter habe sich merklich gehoben, ist damit eine Verminderung des Ausbeutungsgrades konstatiert? Durchaus nicht! Viel zu wenig wird bei Würdigung der sozialen Verhältnisse die Veränderung in der Produktivität beachtet. Die Steigerung der Produktivität pro Kopf der beschäftigten Arbeiter in den letzten Jahrzehnten weicht in den verschiedenen Industrien sehr weit voneinander ab; sie schwankt zwischen einigen Prozent in Industrien mit primitiven Betriebsformen und dem Mehrhundertfachen in Industrien, in denen die Technik, wie z. B. im Eisengroßgewerbe, in den letzten 30 Jahren vollständige Revolutionen hervorgerufen hat. Mit solchen Produktionssteigerungen können die Lohnsteigerungen gar keinen Vergleich aushalten. Nicht die Lohnarbeit, sondern das Kapital hat den ungleich größeren Anteil von der erhöhten Produktivität absorbiert.

Mag auch der Zinsfuß etwas gesunken sein, verhältnismäßig viel stärker ist die Steigerung des pro Kopf der beschäftigten Arbeiter angelegten Kapitals. Die Steigerung des investierten Kapitals bedeutet auch eine entsprechend höhere Zinsensumme pro Arbeiter. Je höher die Zinsensumme, desto größer naturgemäß auch die Mehrwertquote. Und die Gewerkschaften, mögen sie noch so stark werden, sie haben kein Mittel, die Mehrwertquote zu beschneiden; auf die Preisgestaltung hat man keinen Einfluß. Selbst wenn man ihn hätte, das Wesen der Gewerkschaft als Vertreterin von Berufsinteressen schlösse solchen Einfluß auf das Unternehmertum aus, dem sie selbst Vorteile abringen will. Der andere Regulierungsfaktor, die Konkurrenz, wird vom Unternehmertum immer mehr ausgeschaltet, Monopole auf internationaler Grundlage sind die Gebilde der Zukunft.

Anzunehmen, man könne auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung mittels der Gewerkschaftsbewegung wirtschaftlich die kapitalistische Gesellschaft ablösen, ist ein Phantom, dem man nur nachjagen kann, wenn übersehen wird, daß trotz Lohnsteigerungen und trotz Hebung der Wirtschaftslage der Arbeiterschaft, sich eine Stärkung des Kapitals vollzieht.

Das Kapital könnte im rein wirtschaftlichen Kampfe nur dann getroffen werden, wenn es möglich wäre, Lohnsteigerungen durchzusetzen, die den Wert der Produktionssteigerung überschreiten, weiter aber auch zu verhindern, daß das Kapital durch Preissteigerungen einen Ausgleich für die Lohnsteigerungen schafft. Das ist eine Aufgabe, die die Gewerkschaftsbewegung nicht erfüllen kann und die zu lösen sie abweist.

Es ist darum für den Emanzipationskampf des Proletariats geradezu gefährlich, die Meinung aufkommen zu lassen, durch die Gewerkschaftsbewegung könne sich die Emanzipation vollziehen. Es genügt nicht, solche Ansichten nicht zu predigen, es muß ausdrücklich auf das Gegenteil hingewiesen werden, weil mit der Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung und den hier und da errungenen Erfolgen, denen eine ihnen gar nicht zukommende allgemeine soziale Bedeutung beigelegt wird, die Gewerkschaftsmitglieder leicht sich zu verkehrten Ansichten verleiten lassen. Es kommt dabei in Betracht, daß in den Gewerkschaften gerade diejenigen Elemente vereinigt sind, die für den politischen Kampf doch noch am meisten prädestiniert sind. Eine Erlahmung dieser Elemente im politischen Kampf bedeutet für den Emanzipationskampf des Proletariats eine größere Schädigung, als die erfolgreichste Gewerkschaftsbewegung wett machen kann.

Wir sprechen der Gewerkschaftsbewegung ihren historisch bedingten Wert nicht ab. Soll sie aber nicht das werden, worauf bürgerliche Politiker spekulieren, ein Organ der bürgerlichen Gesellschaft, dann muß die Durchtiefung der Gewerkschaften mit sozialem Geiste ganz energisch gefördert werden. Der Grundsatz reiner ausschließlicher Berufsinteressenvertretung darf nicht maßgebend sein bei allen Aktionen. In der ganzen Tätigkeit der Gewerkschaften darf das Allgemeininteresse nicht verleugnet werden. Eine jede Erwerbsgesellschaft innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung — und in gewissem Sinne ist auch jede Gewerkschaft eine Erwerbsgenossenschaft, stellt sich mit ihren Bestrebungen in Gegensatz zu Allgemeininteressen, denn jeder errungene Vorteil für einzelne verpflichtet die Gesamtheit oder mindestens einen großen Kreis von Volksgenossen zu Opfern. Den Gewerkschaften kann billigerweise das Recht der Wahrnehmung von Berufsinteressen nicht abgesprochen werden, aber sie dürfen sich doch nicht lediglich von den Grundsätzen jeder anderen Erwerbsgenossenschaft leiten lassen, sonst könnten die Mitglieder als Klassenkämpfer mit sich selbst in Widerspruch geraten. Die materiellen Erwägungen allein dürfen nicht entscheiden; die kaufmännische Maxime, nur dann einen Pfennig einzusetzen, wenn zwei gewonnen werden können, ist nicht bei allen Fragen angebracht.

Statutarisch sind die Gewerkschaften ja auch verpflichtet, das geistige Niveau der Mitglieder zu heben. Das kann nicht verstanden werden im Sinne einer Teekränzchen-Aesthetik einer Carmen Sylva, sondern im Sinne freiheitlichen Denkens und Tuns. Die geistige Aufklärung ist dahin zu verstehen, das Verständnis für die gesamten gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Zusammenhänge zu wecken, neben der Pflege rein wissenschaftlicher Schulung. Solche Aufgabe bedingt, bei Aktionen, die das gesamte Proletariat angehen, den Krämerstandpunkt Sonntagsruhe feiern zu lassen, die in Aussicht stehenden ideellen und moralischen Vorteile höher zu bewerten, als materielle Verluste. Die ganze proletarische Bewegung ist eine ununterbrochene Kette von Kämpfen und Opfern. Die Gewerkschaft soll eine Kerntruppe im Klassenkampf sein, da hat sie auch die Pflicht, für das Allgemeininteresse, für moralische Eroberungen Opfer zu bringen.

Der Mensch ist keine Doppelnatur. Was in der Gewerkschaft als höchstes, unverletzliches Prinzip gilt, muß auf den Politiker abfärben. Die Gewerkschaft mit ihrer materiellen Interessenvertretung übt leicht eine größere Anziehung aus, aber gerade darum muß auch in der Gewerkschaft der sozialistische Geist gepflegt werden, um Verknöcherung und Zünftelei vorzubeugen.

W. Düwell

Die Frauen und die Gleichheit.

Wir Sozialdemokraten fordern, wie schon öfter ausgeführt, die politische Gleichberechtigung für die Frauen keineswegs allein oder in erster Linie mit dem Hinweis auf die Gleichberechtigung „alles dessen, was Menschenantlitz trägt", mit dem Hinweis auf „das Recht, das mit uns geboren ward", sondern vielmehr mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Entwicklung, die den Frauen eine völlig veränderte Stellung im Wirtschaftsleben angewiesen hat. Zu Millionen sind sie in den Erwerbskampf getrieben worden, sie werden geradezu aufgepeitscht, im persönlichen Interesse und im Interesse ihrer Klasse sich um öffentliche und politische Angelegenheiten zu kümmern, zu versuchen, einen Einfluß auf deren Gestaltung zu gewinnen.

Die Erringung politischer Rechte für die Frauen ist uns nicht in erster Linie Selbstzweck. Die politischen Rechte sollen den Frauen Waffen werden, um den Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse von Druck und Elend gegenüber der kapitalistischen Herrschaft nachdrücklicher und wirkungsvoller führen zu können. Damit ist nun keineswegs gesagt, daß die Frauen, so lange sie politisch rechtlos, nun auch macht- und waffenlos und damit für den Klassenkampf bedeutungslos seien. Im Gegenteil! Ihre politische Rechtlosigkeit muß bei klassenbewußten Frauen notwendigerweise eine ungeheure Erbitterung erzeugen, und diese Erbitterung wird sie aufstacheln, sich um so intensiver an der Arbeiterbewegung zu beteiligen. Die Früchte ihrer Arbeit werden nicht ausbleiben.

Ist es doch eine Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung, die Köpfe zu revolutionieren, die Ideen des Sozialismus in immer weitere Kreise zu tragen, und dort, wo sie bereits Wurzel geschlagen haben, für eine Vertiefung der Erkenntnis zu sorgen. In dieser Arbeit bei jung und alt sollen uns unsre Frauen unterstützen.

Aber in welcher Weise? Durch mündliche Agitation und durch die Agitation für unsre Presse. Diese Pionierarbeit wird ihnen am schwersten fallen bei ihren eigenen Geschlechtsgenossinnen. Wollten wir völlig indifferente Frauen auf die Lektüre unsrer Parteizeitungen verweisen, so würden wir sehr schwer vorwärts kommen. Das hat uns die Erfahrung oft genug gelehrt. Sind doch die indifferenten Frauen die schlimmsten Gegner unsrer Presse. Sie sind nicht einmal zum Abonnement, geschweige denn zum Lesen derselben zu bewegen. Ja, wie oft sind es die uns geistig fernstehenden Frauen, die unsre Parteizeitungen wieder abbestellen, nachdem der Mann dieselbe abonniert hatte. Woher mag das kommen? Unseres Erachtens daher, daß die Parteizeitungen diesen Frauen eine zu schwere, ihnen unverdauliche geistige Kost bieten. Die Parteizeitungen behandeln die verschiedenen politischen Tagesfragen notwendigerweise von allgemeinen sozialistischen Gesichtspunkten aus. Es ist das eine den Frauen ganz fremde Ideenwelt, in welche sie dort eingeführt werden, für die sie kein Verständnis und daher kein Interesse haben. Will man eine indifferente Frau durch Lektüre gewinnen, so muß dieselbe an ihre Ideenwelt, an ihr Bekanntes und Verständliches anknüpfen; dieselbe muß sie in ihrer Eigenschaft als Frau treffen.

Diesen Zweck soll unsre sozialdemokratische Frauenzeitung, die Gleichheit, erfüllen. Die Gleichheit wird diesen Zweck in ihrer neuen Gewandung und Ausstattung, die sie von 1905 ab erhält, um so besser und gründlicher erfüllen. Ohne eine Abonnementserhöhung, sie wird nach wie vor bei vierzehntägigem Erscheinen pro Nummer 10 Pfg. kosten, wird die Gleichheit bedeutend vergrößert werden. Der neugewonnene Raum wird mehr wie bisher Wissenwertes für die Frau in ihrer Eigenschaft als Hausfrau, Mutter und Staatsbürgerin bringen. Wie Verlag und Redaktion bereits ankündeten, wird sie in Zukunft auch Jugendliteratur ihren Lesern darbieten.

Wir wollen aber ausdrücklich betonen, daß die Gleichheit in derselben Weise wie bisher für die aufgeklärten, vorgeschrittenen Genossinnen bei allen neuauftauchenden Fragen führendes und orientierendes Organ bleiben wird. Die Gleichheit soll also einen doppelten Zweck erfüllen: Sie soll uns bei der Aufklärungsarbeit, bei der Gewinnung der uns bisher Fernstehenden, Gleichgültigen oder gar feindlich Gesinnten helfen, sie soll in ihrem andern Teil die bereits gewonnenen weiblichen Klassenkämpfer mit geistigem Rüstzeug versehen. Damit dieser doppelte Zweck in umfassendem Maße erfüllt wird, so gilt es nun, der Gleichheit die größtmöglichste Verbreitung zu sichern. So wie in jeder Volksversammlung auf die Notwendigkeit des Abonnements der örtlichen Parteipresse hingewiesen wird, sollte jeder Redner und jede Rednerin auch auf die Notwendigkeit des Abonnements der Gleichheit hinweisen und gleichzeitig betonen, daß der Preis so gestellt ist, daß es dem Aermsten ermöglicht ist, dieselbe zu abonnieren.

Bei der mündlichen Agitation in Werkstatt und Familie sollte dasselbe geschehen.

Werden Genossen und Genossinnen es sich zur Ehrenpflicht machen, für die Gleichheit in derselben intensiven Weise zu agitieren, wie sie für die übrige Parteipresse agitieren, so wird der Erfolg nicht ausbleiben. Die Gewinnung von Abonnentinnen der Gleichheit bedeutet gleichzeitig die Gewinnung von Frauen für die Arbeiterbewegung. Deshalb auf zur Agitation für unsre Gleichheit!

Gewerkschaftliches.

Braunichswalde (S.-A.). Infolge Aussperrung einiger Mitglieder wird ersucht, den Zuzug fernzuhalten.

Bredereiche (Kreis Templin). Bei der Firma Maaß hierselbst bestehen Lohndifferenzen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Büren i. Westfalen. Bei der Firma Fr. Steltmann fanden Lohnabzüge und Maßregelungen statt und wolle man deshalb den Ort meiden. Die Bevollm. von Lippstadt.

Emmerich. Die Arbeiter der Firma Müller waren durch geschlossenes Vorgehen in der Lage, einen Lohnabzug, der auf mehrere Sorten stattfinden sollte, zurückzuweisen. Die Kollegen sollten hieran ein Beispiel nehmen, daß durch die Macht der Organisation vieles zu erreichen ist. Der Bevollm.

Halberstadt. Der [illegible] .rbeiter ist beendet, da seitens der vereinig[illegible] [illegible]en erklärt worden ist, die in der Arbeitsor[illegible]ung enthalt[illegible] Strafbestimmungen um die Hälfte zu reduzieren und den beantragten Nachtrag zur Arbeitsordnung als nicht existierend betrachten zu wollen. Die Ausständigen werden nacheinander nach Bedarf eingestellt. Allen reisenden Kollegen empfehlen wir, so lange noch Ausständige einzustellen sind, Halberstadt zu meiden.

Die Kommission der Tabakarbeiter.

Templin. Ueber die Firma C. Stemmwedel ist die Sperre verhängt; vor Zuzug wird gewarnt.

Eine Mahnung richtet die Rheinische Zeitung an die Adresse des Vorstandes des Textilarbeiter-Verbandes. Sie lautet: „Im vorigen Jahre haben die deutschen Arbeiter den Kampf in Crimmitschau so reichlich unterstützt, daß eine bedeutende Summe dem Textilarbeiterverbande übrig blieb. Heute ist Geld für die Bergarbeiter dringend nötig. Wir hören noch nicht, daß der Textilarbeiter-Verband einen Teil jenes Ueberschusses, den er doch nicht als sein Eigentum betrachten kann, an die Bergleute abgeführt habe. Wir sind überzeugt, im Sinne aller Spender vom vorigen Jahre zu handeln, wenn wir fordern, daß der damalige Ueberschuß, der etwa 300 000 Mk. ausmacht, zur Hälfte für die kämpfenden Ruhrbergleute verwendet werde. Selbst wenn man die vorbereitete Bewegung zur Erringung des Zehnstundentags in dem sächsischen Textilbezirk in Anrechnung stellt und dem Verbande eine gute Kasse lassen will, muß der Antrag auf Ueberweisung von 150 000 Mk. an die Bergleute als den Ansichten des übergroßen Teils der Spender entsprechend bezeichnet werden. Ist später der Textilarbeiterverband wieder genötigt, an die Solidarität der Arbeiterschaft zu appellieren, so ist er sicher, nicht vergebens zu rufen.“ Künftig sollten bei Aktionen, die das ganze Proletariat auf den Kampfplan rufen, Zentralstellen eingerichtet werden, von wo aus die Verwendung der Gelder vorgenommen wird. Ist der Kampf beendet und noch Geld übrig, so könnte das ruhig bis zum nächsten großen Kampf aufgehoben werden. Eine solche ganz natürliche Zentralstelle ist bei gewerkschaftlichen Kämpfen die Generalkommission und der nächste Gewerkschaftskongreß wird wohl diese Frage regeln.

Der norwegische Gewerkschaftskongreß, der, wie mitgeteilt wurde, zu Ostern stattfinden sollte, ist auf den 20. Juli verlegt worden, und zwar hauptsächlich darum, weil sich inzwischen noch einige größere Verbände, darunter der Eisen- und Metallarbeiterverband, der Landesorganisation der Gewerkschaften anschließen wollen und man auch diesen Verbänden Gelegenheit geben will, auf die fernere Gestaltung der Zentrale Einfluß auszuüben.

Von den christlichen Gewerkschaften. Die Zeitung „Das Reich“ meldet aus Düsseldorf: Zum Vorsitzenden des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften wurde an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Brust der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes, Schiffer, gewählt.

Berichte.

Leipzig. Am 21. Jan. hielten die Tabakarbeiter eine öffentl. Versammlung ab. An Stelle des erkrankten Vertrauensmanns erstattete der Stellvertreter den Kassenbericht vom 4. Quartal 1904. Auf Antrag des Kontrolleurs, Kollegen Hose, wurde dem Vertrauensmann Decharge erteilt. Bei der Berichterstattung der Generalversammlungsvertreter der Ortskrankenkasse gibt Kollege Pietsch einen kurzen Ueberblick über die wichtigsten Ereignisse. Dann wurden vier Vertreter und zwei Stellvertreter zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse vorgeschlagen. Zum Gewerkschaftskartelldelegierten wurde der bisherige Vertreter Kollege Dallügge einstimmig wiedergewählt. Unter örtlichen Verbandsangelegenheiten machte sich die Wahl eines Unterkassierers notwendig. Kollege Winkler erbot sich freiwillig, den Posten zu übernehmen. Gegen eine Notiz der Leipziger Volkszeitung, wonach bei der Firma Quandt und Mangelsdorf in Schöneck 100 Jubilare beschäftigt sind, und was bezeugen müsse, daß die Arbeitsverhältnisse gute seien, ist entschieden zu protestieren. Nur weil keine andre Arbeitsgelegenheit am Orte ist, kann die Firma 100 Jubilare beschäftigen. Die Lohnverhältnisse in Schöneck sind äußerst traurige. Es muß noch Arbeit mit nach Hause genommen und die halbe Nacht gearbeitet werden, um Wochenlöhne für erwachsene männliche Tabakarbeiter von 10—12 Mark zu erschwingen. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, der streikenden Bergarbeiter zu gedenken und sie tatkräftig zu unterstützen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Magdeburg. Der 1. Bevollmächtigte eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Wie stellen wir uns zum Arbeitersekretariat? 3. Bericht vom Gewerkschaftskartell; 4. Wahl eines Kartelldelegierten; 5. Verschiedenes. Der 2. Bevollmächtigte verliest die Abrechnung des 4. Quartals 1904. Danach war eine Einnahme von 1067.79 Mark und eine Ausgabe von 545.45 Mark zu verzeichnen; bleibt ein Kassenbestand von 522.34 Mark. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 148.70 Mark und eine Ausgabe von 66 Mark, bleibt ein Kassenbestand von 82.70 Mark. Die Gesamteinnahme des letzten Jahres betrug 2459.21 Mark, die Gesamtausgabe 1734.45 Mk.; davon wurden 800 Mark an den Vorstand gesandt. An Krankenunterstützung wurden ausgezahlt 1093.75 Mark, an Arbeitslosenunterstützung 255.95 Mark, an Reiseunterstützung 110.85 Mark, an andern Unterstützungen 30.20 Mark. Der Mitgliederbestand war am Anfang des Jahres 137, davon 96 männliche und 41 weibliche; neueingetreten sind im Laufe des Jahres 16, wegen Resten mußten 30 gestrichen werden. Der Bestand war am Schlusse des Jahres 112 Mitglieder (83 männliche und 29 weibliche). Zum 2. Punkt wurde der Antrag des Kartells, die Zustimmung zum Ausbau des Gewerkschaftssekretariats in ein Arbeitersekretariat, abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag des Kollegen Ziegenbein angenommen, welcher lautete: „Ich beantrage, die Beschlußfassung über den Gegenstand noch auszusetzen, bis uns später die absolute Notwendigkeit nachgewiesen wird.“ Der 3. Punkt wird auf Antrag des Kollegen Fischer vertagt. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Gedde, als Stellvertreter Kollege Schanz gewählt. Unter Punkt Verschiedenes teilt der 1. Bevollmächtigte, Kollege Schanz, mit, daß an die ausgesperrten Halberstädter Kollegen 24 Mark und an die streikenden Bergarbeiter 30 Mark aus der Lokalkasse abgesandt worden sind. Weiter sind noch durch Listen 46 Mark für die Halberstädter und bis jetzt ungefähr 47 Mark für die Bergarbeiter zusammengekommen. Auf Antrag Hauer wurde unsre Lohnbewegung auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Ottensen. Versammlung vom 18. Januar bei Wrage, am Felde Nr. 5. Die Einnahme und Ausgabe betrug im 4. Quartal 1904 je 6946.34 Mark. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 3048.03 Mark und eine Ausgabe von 1668.33 Mark, bleibt ein Kassenbestand von 1379.70 Mark. Krohn erstattet den Vorstandsbericht und hebt hervor, daß der Arbeitsnachweis in diesem Quartal stärker als im vorigen in Anspruch genommen worden sei. 267 Kollegen hätten um Arbeit nachgesucht, davon 240 Mitglieder. Ein Teil der Nichtmitglieder habe sich auf Anregung hin aufnehmen lassen. 51 Neuaufnahmen seien im 4. Quartal erfolgt. 6 Kollegen hätten Arbeitslosenunterstützung erhalten. In diesem Quartal seien 1000 Mark weniger Krankenunterstützung ausbezahlt worden wie im vorigen. Unsre Zahlstelle habe jetzt 844 Mitglieder, welche Zahl wir aber im neuen Quartal infolge schlechten Geschäftsganges wohl nicht behalten würden. Redner fordert dann noch auf, nicht mehr im Hamburger Echo zu annoncieren, damit wir den Arbeitsnachweis noch mehr in unsre Hände bekommen. Jetzt, wo es schlechter Geschäftsgang sei, lasse sich das sehr gut machen, und es sei dann bei flotter Konjunktur eingebürgert. Kalkowsky wünscht, daß das Echo keine Annoncen mehr aufnehmen soll und ergeht sich dann in Ausführungen über den Akkordlohn der Zurichterinnen, welche öfters 8—9 und 10 Pfg. pro Pfund erhalten. Krohn erwidert, daß es nicht in unsrer Macht liege, die Annoncen im Echo abzuweisen, das sei Sache der Preßkommission. Der Zurichterlohn von 8 Pfg. soll für großen Sedleaf gewesen sein. Er beantragt, diese Angelegenheit betreffend die Zurichterlöhne der geschäftsführenden Kommission zu überweisen. Heising legt die Verhandlungen mit der Preßkommission des Hamburger Echo klar und meint, daß wir in Zukunft wegen dieser Frage wieder an das Echo herantreten müssen. Er ist ebenfalls der Meinung, daß die Zurichterangelegenheit an die geschäftsführende Kommission verwiesen wird. Schröder gibt die Restverhältnisse bekannt. Kalkowsky wünscht die Höhe der Reste zu erfahren, welchem stattgegeben wird. Zum 1. Bevollmächtigten wird Baxmeyer, zum 2. Ramm und zum 3. Struyken gewählt. Zu Revisoren die Kollegen Pehmöller, Schröder und Bergs. Zum Boten wurde Meisner und zum Vizeboten Jenssen gewählt. Dann erstattet Krohn den Kartellbericht. Derselbe kritisiert die Leistungen des Kartells und meint, daß die Personen, welche den Bierboykott beschlossen hätten, wohl nicht bedacht hätten, daß die Geschichte auch Geld kosten würde. Jetzt, wo es ans Bezahlen gehe, seien die größten Rufer dagegen. Er sei aber der Meinung, daß, wenn man einmal eine Sache einfädle, auch die Unkosten gemeinschaftlich gedeckt werden müssen, selbst wenn man ein Gegner von der Sache gewesen sei. Unsre Delegierten hätten keine Nackenschläge zu befürchten, denn sie hätten gegen den Boykott gestimmt. Sodann beantragt er, die Kosten für den Boykott und den Schlachterstreik zu bewilligen; durch das Umlageverfahren würden auf uns 400 Mark entfallen. Ramm kritisiert ebenfalls scharf die Arbeiten und Leistungen des Kartells, welches seiner Meinung nach fast gar nichts geleistet habe. Heising hat keinen Anlaß, das Kartell zu verteidigen. Es hätte aber doch in der Ortskrankenkassenfrage Schritte getan. Er erinnert an die Erhebungen, welche speziell von den Tabakarbeitern in Ottensen und Altona gemacht worden sind. Man solle also nicht sagen, es sei gar nichts geleistet worden. Tidermann wünscht Ausschluß über unsern Antrag an das Kartell wegen des Boykottbruchs. Schröder teilt mit, daß uns vom Kartell anheim gegeben worden sei, diese Frage von unserm Hauptvorstand vor den nächsten Gewerkschaftskongreß bringen zu lassen. Knöpfel teilt mit, daß er den Antrag, „ob Boykottbruch gleich Streikbruch sei“, persönlich zum nächsten Gewerkschaftskongreß einbringen werde, da unsre Generalversammlung erst nach dem Kongreß stattfinde und der Vorstand also nicht beauftragt werden könne, diesen Antrag einzureichen. Kalkowsky ist dagegen, daß an Hamburg etwas für den Boykott bezahlt wird. Die Hamburger Kommission hätte den Boykott beschlossen und auch wieder aufgehoben, ohne die Gewerkschaften und hauptsächlich die direkt daran beteiligten Streikenden zu befragen. Redner will nur die Kosten für den Schlachterstreik und die sonst durch den Boykott am Orte entstandenen Unkosten bewilligen. Krohn und Heising plädieren dann doch für die Bewilligung der ganzen Unkosten, worauf Kalkowsky seinen Antrag zurückzieht. Die 400 Mark werden bewilligt. Nachdem wurden Tidermann, Baxsmeyer, Heising und Meißner als Kartelldelegierte gewählt. Tidermann stellt den Antrag, 2.50 Mark pro Jahr und 100 Mitglieder an die Bildungsvereine abzuführen und begründet denselben des näheren. Krohn ist dagegen, weil die Gewerkschaften aus örtlichen Mitteln gar nicht bezahlen können, wenn erst einmal die Unkosten für Boykott und Schlachterstreik bezahlt sind. Er wundert sich, warum sich die Bildungsvereine nicht an das Kartell gewandt haben. Wenn das Kartell dieses beschließe, dann könnten die Gewerkschaften die Beiträge aus Verbandsmitteln decken. Baxsmeyer spricht für den Antrag Tidermann, welchen er (Redner) schon in der vorigen Versammlung gestellt habe. Runge teilt mit, daß sich der Vorstand des Bildungsvereins an das Kartell gewandt, aber keine Antwort erhalten habe, er plädiert für Annahme. Nachdem Jensen gegen und Bruhns für den Antrag gesprochen, wird derselbe wieder abgelehnt. Jensen stellt den Antrag, 200 Mark für die streikenden Bergarbeiter zu bewilligen, welcher angenommen wird.

Ronneburg (S.-A.). Am 25. Januar stand der 1. Bevollmächtigte der Zahlstelle Ronneburg vor den Schranken des Schöffengerichts, weil er eine Mitgliederversammlung ohne polizeiliche Anmeldung in Braunichswalde abgehalten hatte; er bekam vom Herzoglichen Landratsamt eine Geldstrafe von 20 Mark zudiktiert, wogegen er sofort Berufung einlegte. Diese kam nun, wie oben erwähnt, zur Verhandlung. Zunächst will ich den Mitgliedern vor Augen führen, das bis dato im ganzen Herzogtum Altenburg noch keine Mitgliederversammlung irgendwelcher Branche angemeldet worden ist, aber die Richter in Ronneburg haben sich um dieses alles nicht gekümmert, und so kamen sie zu einer Verurteilung von 2 Mark und Tragung der Kosten. In der Verhandlung war das Interessanteste die Ansicht des Staatsanwalts. Fest stehe, daß eine Mitgliederversammlung stattgefunden habe; der Hauptzweck sei das Referat gewesen: Ueber Zweck und Nutzen der Organisation. Deshalb wäre der Bevollmächtigte schon zu verurteilen; dies Thema sei kein rein gewerkschaftliches und greife ins allgemeine. Der Paragraph 1 des Verbandsstatuts zeige gleichfalls, daß man allgemeine, öffentliche Interessen verfolge. Desgleichen zeige das Fachorgan, daß das allgemeine, öffentliche Interesse hervortritt. Nachdem ihm entgegnet wurde, daß wir keine Politik treiben und gerade so gut eine Gewerkschaft sind wie der Aerzteverband usw., antwortete er: Das hätte er nicht behauptet, daß wir Politik trieben, nur halte er sich an das Vereinsgesetz, welches bestimmt: „Alle politischen sowie andre Versammlungen, **die öffentliche Angelegenheiten erörtern** oder zu erörtern suchen, bedürfen der polizeilichen Anmeldung.“ Würde dieses als hinreichend gelten, so hätten in Zukunft die Bevollmächtigten entweder die Versammlungen anzumelden oder sie kommen nicht von der Anklagebank herunter.

Waldheim. Am 23. Januar fand im Restaurant Schweizertal eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1904; 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell; 3. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure; 4. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell; 5. Verschiedenes. Zum 1. Punkt erstattet Emil Haufe ausführlich Bericht vom 4. Quartal 1904. Es war aus demselben zu ersehen, daß die Mitgliederzahl um 40 gestiegen war. Dieser Bericht wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden erklärt, worauf dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt wurde. Zum 2. Punkt berichtete Kollege Haufe über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells vom verflossenen Jahre; hierzu bringt Kollege Otto in Vorschlag, in dieser Sache nach der Herausgabe des Jahresberichts vom Gewerkschaftskartell in einer späteren Sitzung zu diskutieren. Dieser Vorschlag fand einstimmige Annahme. Sodann schritt man zur Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. Gewählt wurden die Kollegen Richard Rasch als 1., August Felginer als 2. und Richard Lässig als 3. Bevollmächtigter. Als Kontrolleure wurden die Kollegen Paul Anker, Emil Haufe und Gustav Otto gewählt. Zum 4. Punkt wurden als Delegierte zum Gewerkschaftskartell die Kollegen Haufe, Rasch, Selle und Steinberg, als Ersatzmänner Paul Anker und Bruno Lasch gewählt. Zum Schluß kam man unter anderm auch auf einige Restanten zu sprechen, und wurde demzufolge beschlossen, 4 Mitglieder wegen Resten aus dem Verbande auszuschließen.

Wernigerode. Am Sonntag, den 22. Januar, fand im Volksgarten eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Dir wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter. Kollege Lehmann führt hierzu etwa folgendes aus: Die Lage der Tabakarbeiter ist die denkbar schlechteste, die Löhne der Tabakarbeiter haben mit dem Steigen der Lebensmittelpreise nicht gleichen Schritt gehalten. Sie sind dadurch, daß die Fabriken auf das flache Land verlegt werden, zurückgegangen. An der Hand einer Statistik bespricht Redner die Löhne einzelner Provinzen. Er kommt dann auf die schlechten Verhältnisse in den Fabriken zu sprechen und weist nach, daß nicht einmal die mangelhaften Schutzvorrichtungen innegehalten werden. Einer scharfen Kritik unterzieht er die sich aus der Heimindustrie ergebenden Schäden. So kommt es, daß durch die niedrigen Löhne eine fortgesetzte Unterernährung hervorgerufen wird, daß der Körper die Widerstandsfähigkeit verliert und der Tabakarbeiter schon in den frühesten Jahren erkrankt. Die sanitären Zustände in den Fabriken tragen im wesentlichen dazu bei. Im weiteren bespricht Redner die Tabakzölle und fordert am Schlusse seiner Ausführungen auf, daß sich jeder Arbeiter der Organisation anschließt und für die Gewerkschaft agitiert. Kollege Hackmann schließt sich diesen Ausführungen an und weist ebenfalls verschiedene Mißstände nach.

Im Anschluß hieran fand eine Mitgliederversammlung statt. Den Bericht des Vorstandes erstattete Kollege Salzwedel; er bespricht besonders die Agitation im letzten Jahre, aus der hervorgeht, daß die Organisation an Mitgliedern bedeutend zugenommen hat. Die Arbeiter der Hamburger Fabrik haben aus dem Streik die Lehre gezogen, daß sie mit Hilfe der Organisation weiter kommen; dieselben sind heute alle organisiert, ca. 100 Personen! Auch auf andern Fabriken ist ein Fortschritt zu verzeichnen, so daß von 250 Tabakarbeitern am Orte 196 organisiert sind. Wenn jeder Kollege seine Pflicht tut, so wird es uns möglich sein, noch mehr Mitglieder zu gewinnen. Hierauf wurde der Vorstand wiedergewählt, da allseitig anerkannt wurde, daß er im vollsten Maße seine Pflicht erfüllt hat.

Litterarisches.

Von den Dokumenten des Sozialismus, herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das erste Heft des V. Bandes erschienen.

Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor:

I. Bibliographie des Sozialismus und der Sozialwissenschaften. a) Besprechung von Neuerscheinungen. b) Verzeichnis von Neuerscheinungen. c) Aufsätze in sozialistischen und andern Zeitschriften des In- und Auslandes. II. Zur Theorie des Sozialismus und der Sozialwissenschaften. Der theoretische Gehalt der neuesten Marxpublikation. III. Aus der Geschichte des Sozialismus. Aus der Oceana des James Harrington. Ein Artikel von Friedrich Engels aus der Pfälzischen Revolution von 1849. IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften. Notizen über Aufsätze nichtsozialistischer Zeitschriften, die den Sozialismus und die Arbeiterbewegung betreffen.

Die Dokumente des Sozialismus erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 2.25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch ist bei der Post nur Quartals-Abonnement zulässig. Das einzelne Heft kostet 75 Pfg.

Zur Beachtung!

Man beschreibe nie, nie, nie zwei Seiten. Versammlungsanzeigen müssen stets auf ein besonderes Blatt Papier geschrieben werden.

Sterbekasse für Tabakarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

in Hamburg

ist seit dem **1. Januar 1905** der **neue Titel** der bisher unter dem Namen **„Sterbekasse für die Mitglieder der Zentralkranken- und Sterbekasse und deren Frauen“** bestandenen Sterbekasse. Zum Beitritt sind **jetzt** außer den Mitgliedern der Zentralkrankenkasse und deren Frauen, auch noch **andere** Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen berechtigt, so lange sie das 40. Lebensjahr nicht vollendet haben.

Der monatliche Beitrag beträgt in der 1. Klasse 25 Pfg., in der 2. Klasse 50 Pfg.

Das Sterbegeld beträgt, sofern der Beitritt zur Kasse noch erfolgte vor vollendetem

25.	Lebensjahr	in der	1.	Klasse	Mk. 160,	in der	2.	Klasse	Mk. 320
30.	„	„ „	1.	„	„ 140,	„ „	2.	„	„ 280
35.	„	„ „	1.	„	„ 120,	„ „	2.	„	„ 240
40.	„	„ „	1.	„	„ 105,	„ „	2.	„	„ 210.

Beitrittsgeld wird nicht erhoben, nur 20 Pfg. für das Mitgliedsbuch.

Die Kasse besaß am Schlusse des 3. Quartals 1904 bei einer Mitgliederzahl von 2400 ein Vermögen von Mk. 70 000.

Die Vermögenslage ist von einem versicherungstechnischen Sachverständigen geprüft. Die Kasse ist vom Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung genehmigt und untersteht dieser Aufsicht.

Bezüglich des Beitritts wende man sich an die örtlichen Verwaltungsbeamten der Zentralkrankenkasse der Tabakarbeiter und bei Ermangelung solcher an das Bureau der Kasse: Hamburg, 21, Mozartstraße 5, I.

Für den Vorstand: **H. Lenz.**